

Cornelia Hildebrandt

Der schmale Grad linker Reformpolitik – der Fall Berlin

Vorbemerkung

Ist es möglich, in einem Bundesland wie Berlin gegen den neoliberalen Strom zu schwimmen? Kann die Berliner Linkspartei auf Landesebene linke Politik gestalten und dabei alternative Projekte des Einstiegs in einen transformatorischen Prozess entwickeln, der den Kapitalismus in dieser Gesellschaft zurückdrängt? Vermag sie einen spezifischen Beitrag für einen Richtungswechsel der Politik in der Bundesrepublik insgesamt zu leisten? Kann sie diese Regierungsbeteiligung erfolgreich für die Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt, für die Partei selbst nutzen?

Was sind die Maßstäbe erfolgreicher linker Politik in Regierungsverantwortung? Ist es sinnvoll, sich im System der repräsentativen Demokratie zu verorten, oder soll man sich nicht besser auf die „Kraft der Straße“, auf die sozialen Bewegungen konzentrieren? Was aber, wenn politische Bewegungen die Linke wie in Bolivien Evo Morales oder wie in Brasilien Lula da Silva an die Spitze der Regierung führen? Wenn das Votum der Wähler Linke in Regierungsverantwortung wie in Italien, in Norwegen einfordert, und sei es nur, um rechte Regierungen zu verhindern? Kann sie sich dann verweigern oder muss sie Regierungsbeteiligung als eine Option linker Politik nutzen? Was aber sind die Bedingungen für eine solche Option, was die Essentials linker Politik in Regierungsverantwortung?¹

Der vorliegende Beitrag beschreibt zunächst die Positionen der Akteure unterschiedlicher Ebenen und Quellorganisationen des neuen linken Parteiprojektes auf die Frage der Regierungsbeteiligung und bezieht sich dabei auf die verschiedenen und zum Teil konträren Sichtweisen, wie sie in den Interviews von Meinhard Meuche-Mäker, ergänzt um weitere Interviews mit Akteuren der Berliner Linkspartei durch die Autorin dieses Beitrages, deutlich werden.² In einem nächsten Schritt wird gefragt, welche grundsätzlichen strategischen Fragen der neuen Linkspartei dabei angesprochen wurden. Abschließend werden sie in Bezug auf die spezifisch Berliner Situation diskutiert.

Der Text stützt sich neben den schon genannten qualitativen Interviews zusätzlich auf Dokumente und Pressemeldungen und nimmt Bezug auf die inzwischen vorliegende Mitgliederbefragung der Linkspartei Marzahn-Hellersdorf aus 2007, die auszugsweise in diese Publikation aufgenommen wurde³. Der Beitrag versucht, das „analytische Dreieck“, wie Rolf Reißig es in seiner Studie „Mitregieren in Berlin“ vorschlägt, im Auge behalten: *Ergeb-*

¹ Vgl. dazu die Analysen in: Frank Berg; Thomas Koch: Politikwechsel in Mecklenburg-Vorpommern? Die SPD-PDS-Koalition fünfzehn Monate nach ihrem Amtsantritt (Explorationsstudie). Berlin 2000; Rolf Reißig: Mitregieren in Berlin. Die PDS auf dem Prüfstand, Berlin 2005; Edeltraut Felfe; Erwin Kischel; Peter Kroh (Hrsg.): Warum? Für wen? Wohin? Schkeuditz 2005; Cornelia Hildebrandt; Michael Brie: Die Linke in Regierungsverantwortung. Analysen, Erfahrungen, Kontroversen. Gesellschaftspolitisches Forum in der RLS. rls papers. Berlin 2006 (hier sind auch neuere Beiträge zu Brasilien, Uruguay und Norwegen enthalten. Zum internationalen Vergleich: Michael Brie (Hrsg.): Linksparteien im Vergleich. Rahmenbedingungen, strategische Ansätze und Erfolgskriterien. Berlin 2003. Zur lateinamerikanischen Situation vgl. auch: Dieter Boris: Linkstendenzen in Lateinamerika. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 7-8/2007.

² Zur Zitierweise der Interviews siehe den Beitrag von Meinhard Meuche-Mäker (S. xxx).

³ Siehe den Beitrag von Rainer Ferchland in diesem Buch.

nisse in Bezug setzen zu den realen *Herausforderungen* und tatsächlichen *Handlungsräumen*.⁴

1. Linkes Regieren – ein zentraler Konflikt in der Linken

Die Frage der Regierungsbeteiligung der Linken wird von mehr als der Hälfte der Befragten des von uns durchgeführten Projekts qualitativer Interviews mit Akteuren der neuen Linkspartei als ein wesentlicher Konflikt der entstehenden Partei beschrieben und mit der konkreten Regierungsbeteiligung in Berlin verbunden: „Die zentrale Frage ist, ob man regieren darf. Berlin ist das Konfliktfeld.“ (E1) „Beteiligt man sich an der Regierung, macht man diese Politik des kleinen Übels mit, um größere Übel zu verhindern, ist das die richtige Strategie?“ (F5). Braucht man nicht vor jeder Regierungsbeteiligung erst eine „Gesamtstrategie für die ganze Gesellschaft“, der parlamentarische Fragen unterzuordnen sind? (F4). Die Palette der Antworten zur Regierungsbeteiligung der Linkspartei in Berlin reicht von der kategorischen Ablehnung (F4), über die Möglichkeit, diese als eine der Optionen parlamentarischen Handelns zu sehen (E16, E17), bis hin zur Verteidigung der Fortsetzung der Rot-Roten Koalition (E21) als eigentliche Gestaltungsmöglichkeit durch Politik. Die zu dieser Frage gegebenen Antworten korrelieren mit den Positionen der Interviewten zum Selbstverständnis der Linkspartei, zu deren Funktion im Parteiensystem und zur zukünftigen strategischen Ausrichtung. Vier Fragen sind es, die dabei im Zentrum stehen:

1. Inwieweit ist die Gesellschaft durch linke Politik zu verändern und welche Handlungsform ist dabei entscheidend?
2. Welche Haltung sollte die Linke zum parlamentarischen System einnehmen?
3. Wie wird das „strategische Dreieck“ von Protest – konkreten Projekten – transformatorischer Gestaltung interpretiert?
4. Welche Möglichkeiten und Grenzen hat linke Regierungspolitik?
5. In welchem Verhältnis steht sie zum Selbstverständnis der Partei?

(1) Veränderlichkeit von Gesellschaft und die Funktion der Linken

Lässt sich der Kapitalismus in einem transformatorischen Prozess überwinden oder muss man ihn abschaffen, wer sind die Akteure seiner Veränderung und welche Funktion muss hierbei das neue linke Parteiprojekt übernehmen? Die Akteure formulieren die Alternativen so: „Soll es eine breitere und auf Dauer einflussreichere linke Strömung sein, die hegemoniefähig ist bis in die Mitte der Gesellschaft, oder ist sie ein Bündnis der gesammelten Interessen der Entrechteten, Verlorenen und Enterbten.“ (E6). Die Partei müsse für sich die strategische Frage klären, ob sie eine „systemtransformierende Partei“ sein oder ob sie sich „mit kleinen Reformen“ zufrieden geben will (E9). Ein anderer wieder sieht die Linkspartei vor der Entscheidung, ob sie sich für die Rückkehr zu einer „sozialdemokratischen Politik der 70er Jahre innerhalb des keynesianischen Staatswesens“ einsetzt oder ob sie nicht darüber hinaus auch fähig sein muss, „völlig neue politischen Logiken, Entwicklungslogiken nicht nur zu entwickeln, sondern auch als politische Praxis zu etablieren, was ein ungleich schwierigerer Prozess ist“ (E6). Die Linke müsse im Parlament jene Positionen breiter Teile der Bevölkerung vertreten, die dort nicht mehr präsent sind, wie in der Friedensfrage, aber auch in der Frage, dass „der Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte ist und natürlich in der Frage der Stärkung der Ärmsten“ (E9). Diese so beschriebene gesellschaftliche Opposition zu herrschender Politik meint jedoch ausdrücklich nicht „die Reduktion einfach nur auf Protestpartei“ (E9). „Ich finde sogar, dass auch aus einer gestaltenden, ja sogar aus einer Regierungsposition heraus gesellschaftliche Opposition“ möglich ist (E9). Dabei müsse „die

⁴ Reißig, Rolf (2006). Regierungsbeteiligung – ein konflikthafte Projekt. Das Beispiel Berlin. Vortrag auf der Konferenz: Perspektiven für Berlin, am 01. Juli 2006 http://www.rosaluxemburgstiftung.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/allg_Texte/Reissig_Rolf/reissig_060701.pdf

Linke der Linken in der Tat vor dem Hintergrund der eigenen Geschichte überzeugendere Antworten auf die ökonomischen, sozialen und politischen Verwerfungen finden....“ (F3). „Damit meine ich die Ökonomie, die so wie sie jetzt läuft, ja hochgradig instabil (ist), und sozial sind wir wegen dieser Instabilität gezwungen, soziale Sicherheit neu zu erfinden“ (F3).

(2) Die grundsätzliche Stellung der Linken zum parlamentarischen System

Für Rosa Luxemburg war das Parlament als „ein Organ der Klassen- und Fraktionskämpfe innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft ...das geeignetste Terrain für den systematischen Widerstand der Sozialisten gegen die Herrschaft der Bourgeoisie“.⁵ Karl Liebknecht nutzte die Tribüne des Parlaments, um von dort 1914 seine Stimme gegen die Kriegskredite zu erheben.

Auch für die Linken heute sind die Parlamente Tribünen des Kampfes gegen die neoliberale Politik der Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge, des Abbaus sozialer Standards, der Einschränkung gewerkschaftlicher Tarifautonomie, der Aushöhlung bürgerlicher Rechte und Freiheiten und zur Darstellung eigener Politikvorstellungen. Einer der Akteure dazu: „... auch, wenn's manchmal bisschen schwierig wird, aber es gelingt uns tatsächlich nach innen und nach außen zu dokumentieren, dass das gemeinsame Projekt (Die Linke) eine Chance hat“ (F1).

Aber bereits die Rede im Bundestag als Tribüne, um in die Gesellschaft hinein zu wirken, ist nur möglich bei Akzeptanz der demokratischen Spielregeln, des Grundgesetzes als Geschäftsgrundlage des Handelns (E1) und setzt über die Teilnahme an Wahlen den Gang in die politischen Institutionen des Parlamentarismus voraus. „Parteien treten an, um in Parlamente zu kommen, und dann ist die erste große Konfliktlinie: Oppositionspolitik oder lässt man sich auf Regierung ein?“ (G1) Dieser Konflikt bündelt alle dahinter liegenden Fragen: „Begeben wir uns sozusagen in die Institution und füllen sie von innen aus oder sind wir wirklich konsequent auf Position und erreichen damit die Leute?“ (F10) Aber schließen das „Bleiben auf Position“ und der „Gang in die Institutionen“ einander aus? Besteht ein Automatismus oder können Bedingungen geschaffen werden, die dem Verzicht auf linke Positionen unter dem Druck der Institutionen entgegenwirken? Lässt sich jene „Verstaatlichung einer Partei“ überhaupt aufhalten, die schon mit der Finanzierung von Parteien über die Wahlkampfprückerstattung beginnt?

Klar ist, dass es für Parteien in Parlamenten – zunächst unabhängig von ihrer Rolle als Oppositions- oder Regierungspartei – dazu gehört, „auf bestimmtem Terrain staatlich Politik zu machen“ und mit den Ambivalenzen des Handelns innerhalb der staatlichen Institutionen umzugehen. „...man hat mehr Machtmittel, man hat mehr öffentliche Aufmerksamkeit, man ist wichtiger..., aber man ist auch gebunden. ...man kann sozusagen grundlegend mehr machen, aber man verhält sich in Strukturen, in denen sich eben soziale Bewegungen nicht verhalten müssen und damit auch schwächer sind, bewusst schwächer sind.“ (G1).⁶ Die Linkspartei muss immer wieder selbst diese Ambivalenzen reflektieren und Räume zur kritischen Analyse ihres Handelns in ihren verschiedenen Funktionen außerhalb und innerhalb von Parlamenten, in Opposition und Regierung schaffen. Sie ist Teil des parlamentarischen Systems, Teil der repräsentativen Demokratie, die sie zugleich von links kritisieren muss. Sie tritt zugleich für eine Stärkung des Parlamentarismus (F4) und der Stärkung der partizipativen Demokratie ein. Und sie muss sich als politische Kraft in der Gesellschaft bewähren als Partei für den Alltag, als Partei, die um andere Kräfteverhältnisse kämpft, die für die Veränderung von Grundeinstellungen in der Bevölkerung wirkt, dabei mit

⁵ Rosa Luxemburg : Die sozialistische Krise in Frankreich (1900). In: Werke, Band 1.2. Berlin 1979, S. 58.

⁶ Dieser institutionellen Schwäche sozialer Bewegungen stehen andere Stärken gegenüber. Vgl. dazu: Roland Roth, Dieter Rucht (Hrsg.): Neue Soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland. Campus-Verlag 1987. Zum Vergleich verschiedener Formen linker Politik im Überblick: Christoph Spehr: Bewegung, Strömung, Partei. Formen des Politischen heute. In: Michael Brie; Cornelia Hildebrandt: Für ein anderes Europa. Linksparteien im Aufbruch. Berlin 2005, S. 39 – 59.

vielen anderen Kräften zusammenarbeitet. „...Alternativen kriegt man nicht geschenkt, sondern für diese muss man parlamentarisch und vor allem außerparlamentarisch mobilisieren“ (F2).

Politische Akteure der Linkspartei sehen sich mit der Situation konfrontiert, „dass bestimmte Entscheidungen ... des politischen Systems nicht zur Debatte stehen: Also dass in der Kommune zum Beispiel über die Frage städtischer Armut letztlich nicht entschieden wird und bestimmte Fragen auch jenseits des politischen Systems sich reproduzieren. Also der berühmte Spruch von Agnoli⁷, dass der Sozialismus nicht als Gesetzesvorlage in den Bundestag eingebracht werden kann.“ (E6). Hinzuzufügen wäre nur: Es ist nicht das Grundgesetz, das einem erneuerten Sozialismus im Wege steht, ist es doch selbst geprägt durch die Offenheit in der Systemfrage, die 1948/1949 stand.

(3) Protest – Projekte – Gestaltung – Die Erfindung des Dreiecks

Eine weitere strategische Frage ist die nach der Rolle der Linkspartei im politischen System und in der Gesellschaft. Versteht sie sich als Partei, der ein neoliberaler Block aller anderen Parteien gegenübersteht und definiert sie aus dieser Sicht heraus ihre „Alleinstellungsmerkmale“, oder ist es nicht vielmehr notwendig, „Gemeinsamkeiten zu finden, um Politik wirksam zu machen ... und nicht unentwegt die Frage zu stellen, wodurch wir uns von anderen unterscheiden?“ (E11) In welchem Verhältnis steht also die Ausprägung des eigenen Profils zur Entwicklung mehrheitsfähiger und damit parteiübergreifender Projekte des Richtungswechsels, die auch von SPD und den Grünen getragen werden könnten.⁸

Soll linke Politik unter den gegebenen Bedingungen Teil des gesellschaftlichen Protestes sein oder darüber hinaus auch Gesellschaft gestalten? „Aus meiner Sicht sollte sie klare Oppositionspartei sein“ (F5). Dass auch Oppositionsarbeit – und sei es als Korrektiv zur Regierungspolitik – nicht ohne Politikgestaltung auskommt, wird kaum reflektiert. So heißt es von einem Befürworter von Regierungsbeteiligungen: Eine Partei müsse „Alternativen so formulieren, dass man dieser Partei auch zutraut, dass sie in diesem Land etwas zum Besseren bewegt, das ist ja der springende Punkt. Wenn man sich hier anschickt, die sozialistische Politik verkünden zu wollen, dann muss man ja auch nachweisen können, dass man es selbst ein bisschen besser hinkriegt. Und das ist nach wie vor die Aufgabe, die in erster Linie im Osten bewältigt wird, teilweise auch in den Regierungsbeteiligungen, kommunal und auf Landesebene“ (E8). Aber gerade die Möglichkeit der eigenen Partei, es in der Regierung „besser“ zu machen, wird von zahlreichen Vertretern der Linkspartei grundsätzlich in Frage gestellt.

Diskutiert wird auch, ob man diese Frage für die Partei grundsätzlich klären muss, oder ob sie auf der Grundlage konkreter Kräfteverhältnisse von Fall zu Fall entschieden werden könne. Die beiden nachfolgend zitierten Positionen beschreiben die gegensätzlichen Positionen: Ob Regierungsbeteiligung ja oder nein – „so ein Grundprofil müsse dann eben auch einfach festgelegt werden“ (F8). „Da werden wir vielleicht auch Leute verlieren, die sagen, da machen wir jetzt aber nicht mehr mit, das ist nicht mehr unser Projekt, aber dennoch muss man das mehrheitsmäßig schon festlegen, auf Bundesparteitagen und so. Auf diese Art und Weise wird weder die Berliner PDS stark werden mit ihrer Politik, noch die gesamtdeutsche Linke stark werden, weil sie eben einfach unglaublich ist. Gerade der Punkt der Mobilisierungsfähigkeit, da kommen wir natürlich nicht hin, wenn wir in sehr vielen Bereichen eine unglaubliche Politik machen.“ (F8) „... wenn ich eine Partei bin im Osten, die mindestens fünfzehn, wenn nicht zwanzig oder sogar fünfundzwanzig Prozent der Wählerinnen- und Wählerstimmen bekommt auf kommunaler und Landesebene, dann kann

⁷ Johannes Agnoli; Peter Brückner: Die Transformation der Demokratie. Voltaire Verlag, Berlin 1967 (aktuelle Ausgabe: Konkret Literatur Verlag, Hamburg 2004). Diese Schrift wurde zu einem zentralen Dokument des Selbstverständnisses der außerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik.

⁸ Hillebrandt, Ernst (2007). Zwischen alten Rezepten und neuen Herausforderungen: Die europäische Linke muss sich neu orientieren. <http://library.fes.de/pdf-files/id/04660.pdf>

ich, das ist meine persönliche Meinung, eben nicht mehr nur Fundamentalopposition machen, dann werde ich nämlich nur ein- oder zweimal gewählt, aber anschließend nicht wieder, sondern dann muss ich eben bestimmte Gestaltungsaufgaben auch mit wahrnehmen und ... das ist für die westdeutsche Linke bisher unvorstellbar, weil sie in dieser Situation noch nie gewesen ist.“ (F2).

Opposition und Gestaltung werden von den handelnden Akteuren der Linkspartei sowohl als Gegensätze als auch als auf einander zu beziehende unterschiedliche Politikformen verstanden. So wird die *Die Linke* als eine Partei begriffen, die einerseits die Systemfrage stellt und andererseits dafür gewählt wird, dass sich „Lebensbedingungen heute oder morgen relativ konkret verändern“ (E6). Einer der Versuche, beide Momente von Politik miteinander zu verbinden, besteht in der Orientierung auf ein „strategisches Dreiecks“ linker Politik.

Immer wieder greifen Vertreter der Linkspartei die Metapher vom „strategischen Dreieck“ auf. Was ist damit gemeint? Mit diesem Dreieck wurde in der strategischen Diskussion der PDS versucht, die verschiedenen Politikansätze von Protest, Gestaltung und über die kapitalistische Gesellschaft hinausgehende Alternativen miteinander ins Verhältnis zu setzen⁹. Wobei alle drei Ecken viel weniger statisch sind, als die Metapher zunächst vermuten lässt. Wie diese Ecken definiert werden und wie die Fläche zwischen ihnen gestaltet ist, wird durch Kräfteverhältnisse und Spannungsfelder, durch die politische Handlungsfähigkeit der Akteure bestimmt und gewichtet. Nicht eine Eckposition allein kann für sich stehen, sondern muss immer in Abhängigkeit mit den beiden anderen gesehen werden. Immer wieder ist zu hören: Alle drei politische Optionen – Protest, Gestaltung und alternative Projekte – seien gleichrangige Politikansätze.

Die Formen des Protestes stehen nach diesem „Dreieckssatz“ gleichrangig neben Gestaltung von Politik auf kommunaler, Landes- oder Bundesebene in Opposition oder Regierungsverantwortung und der Durchsetzung alternativer Projekte der Transformation. Ein solches Verständnis könne „eine vernünftige Grundlage abgeben“ wenn nicht jeder „und zwar völlig egal, ob PDS oder WASG ... immer nur seine Ecke, in der er sich eingerichtet hat“, betrachten würde: „Und jetzt kommt hier auf einmal die Frage, lass uns doch mal über das Dreieck als Ganzes reden.“(E2) Denn „... die große Aufgabe besteht ja gerade darin, je nachdem in welcher Position ich gerade bin, immer die anderen beiden Funktionen mitzudenken“ (E9).

Akteure, die aus der WASG kamen, können mit dem Dreiecks-Konstrukt wenig anfangen, sie sprechen eher von einer Gesamtstrategie für eine gesellschaftliche Weiterentwicklung bzw. darüber, wie mit den kapitalistischen Rahmenbedingungen und der kapitalistischen Logik umgegangen werden kann. Aber auch unter den WASG-Akteuren gibt es „die einen, die da sagen, siehst Du, das ist ebenso und deshalb müssen wir jetzt die Systemfrage stellen und zwar ständig, und die anderen ...sagen, das interessiert niemanden, also die Systemfrage, sondern wir müssen verdeutlichen, dass die (SPD – C.H.) zwar schwätzen über irgendwas, was sie zwar machen wollen, aber eben doch nicht machen, denn konsequent umgesetzt sähe das so und so aus, müsste so und so finanziert werden...“ (F2) Das aber setzt die Beantwortung der Frage voraus: „Wo wollen wir denn eigentlich hin und was sind die nächsten Schritte?“ (F2) Aus der Sicht vieler WASG-Akteure stehen Veränderungen „in kleinen Schritten“ im schroffen Gegensatz zur Forderung nach grundsätzlicher gesellschaftlicher Umwälzung.

(4) Möglichkeiten und Grenzen radikaler Reformpolitik

Die Möglichkeiten und Grenzen linker Politik bestimmen sich zum einen aus den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen neoliberaler Politik, den Prozessen der Globalisierung, der

⁹ Im Leitantrag der PDS an die 1. Tagung des 9. Parteitages von 2004 in Potsdam heißt es dazu: „Für sozialistische Politik nach unserem Verständnis bilden Widerstand und Protest, der Anspruch auf Mit- und Umgestaltung sowie über den Kapitalismus hinaus weisende Alternativen ein unauflösbares strategisches Dreieck.“ http://archiv2007.sozialisten.de/partei/parteitag/pt0901/view_html.

Europäisierung und Regionalisierung und zum anderen aus den konkreten politischen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen. Darin sind sich die Akteure der Linkspartei weitgehend einig. Konsens besteht auch bei der Beschreibung des Ost-West-Gefälles ihrer kommunalpolitischen und landespolitischen Verankerung. *Die Linke* ist im Westen gegenwärtig noch eine Partei zwischen lokal kaum vorhanden und acht Prozent, im Osten ist sie mit weit über zwanzig Prozent Volkspartei, kommunal- und landespolitisch stark verankert.¹⁰

Eine andere Frage ist jedoch, wie man sich zu den konkreten Rahmenbedingungen verhält. Soll oder muss man sich auf sie einlassen, und wenn ja, wie? Und wie muss linke Politik mit legitimen Interessenunterschieden und -gegensätzen umgehen, wie mit unterschiedlichen Ansprüchen und Erwartungen an ihre Politik? Soll man z. B. auf Landes- oder kommunaler Ebene Veränderungen im Rahmen „des gegebenen Haushaltes irgendwie denken bzw. Lösungen präsentieren“, sich in Verwaltungsstrukturen einbinden und sehen, was dort zu machen ist? Und muss man nicht auch bereit sein, diese Handlungsräume auszudehnen und zu testen, wie weit man diese erweitern kann? (E7) „Dazu gibt es unterschiedliche Sichtweisen. Die einen geben sich damit zufrieden, innerhalb bestimmter Strukturen so zu wirken, wie es ist, also sozusagen: Die Mehrheiten sind halt so und fertig...“ (E7). Schwieriger sei die „Suche danach, wie Konflikte transparent gemacht werden können trotz geringerer Einflussmöglichkeit“ (E7). Dies verlangt die Reflektion der Widersprüche und Spannungsfelder in denen man sich bewegt: „Also eine Partei, die in der Kommunalpolitik verankert ist, die die Haushaltsnot der Kommune viel brutaler spüren musste als Anfang der 90er Jahre eine westdeutsche Kommune, wo Privatisierung als Modellprojekt des Bundesministeriums übergeholfen wurde als Bedingung dafür, das Du Deine Kläranlage zurückbekommst, und dann auch sanieren kannst, weil die natürlich nach vierzig Jahren DDR mit Sanierungsstatus behaftet ist, das sind alles Dinge, die eine Rolle spielen.“ (E6)

Bei aller Unterschiedlichkeit der lokalen Situation befördern kommunale und Landespolitik realpolitische Orientierungen, ohne die Politik für den Alltag nicht möglich ist, die jedoch immer wieder zum Anspruch systemtransformierender linker Programmatik ins Verhältnis gesetzt werden muss. Insofern bedarf die auf dem Gründungsparteitag gestellte Systemfrage der Übersetzung in konkrete politische Forderungen auf europäischer, bundes-, landes- und kommunaler Ebene. Welche Bedeutung hat dies für die Politik einer linken Partei auf Landesebene in Berlin?

(5) Die Berliner – Reflektionen und Fragen

Es gab und gibt keinen Wahlkampf der Linkspartei, bei dem nicht auf Berlin geschaut und Berliner Politik bewertet wird. Schon in diesem Sinne hat linke Berliner Politik immer auch bundespolitische Bedeutung. Was kaum verstanden und produktiv gewendet wird, ist die Tatsache, dass der Konflikt „eigentlich in der Verwurzelung einer Partei“ beginnt. (E1) „Wir hätten diesen Konflikt nicht, wenn wir nicht im Osten die neue Stärke aus der Kommune gewonnen hätten. In der Kommune geht es um die erste Frage, stellt man einen Bürgermeister oder nicht. Und dann hat das natürlich Weiterungendas ist etwas anderes als auf der Landesebene. Und dann kann man sagen: Auf der Landesebene, das ist doch etwas ganz anderes als auf der Bundesebene ...“ (E1) In Berlin war die PDS zunächst in den kommunalen Parlamenten und als gewählte politische Vertreterin in den Bezirksämtern mit Stadträten oder Bürgermeistern präsent¹¹, bevor sich diese Frage für die Landesebene stellte. Auch hier schuf sie – wie in den anderen ostdeutschen Bundesländern auch – mit der kommunalen und gesellschaftlichen Verankerung zum Beginn der 1990er Jahre die Voraussetzungen für die Frage nach der Regierungsbeteiligung auf Landesebene. Diese wurden erstmals

¹⁰ Die neue Linke kann sich auf die Arbeit von über 7.000 kommunalen Mandatsträger/innen in Städten, Gemeinden und Landkreisen sowie der haupt- und ehrenamtlichen Bürgermeister/innen mit dem Mandat der Linkspartei bzw. der WASG stützen. 17.10.2006 http://archiv.2007.sozialisten.de/politik/kommunal/initiativen/_linksfraktion/view_html/n8/bs1/zid34363

¹¹ Die PDS war nach den Berliner Wahlen 1999 mit 175 Vertretern in den kommunalen Parlamenten (Bezirksverordnetenversammlungen) und mit 11 Stadträten und drei Bürgermeistern in den Bezirksämtern vertreten.

1994 für Sachsen-Anhalt mit der Frage der Tolerierung einer SPD-Minderheitenregierung konkret. Es folgten 1998 die rot-rote Koalition in Mecklenburg-Vorpommern, die von Beginn an durch die grundsätzliche und konkrete fachpolitische Kritik der Akteure der PDS selbst begleitet wurde¹², und 2001 die rot-rote Koalition in Berlin.

Von zahlreichen Vertretern aus der WASG wird gesagt, dass in der PDS jetzt so getan werde, „als wäre der demokratische Sozialismus einer der lebensnotwendigen Aspekte“. In der realen Politik sei von Sozialismus aber nicht viel wahrzunehmen (G3). Demokratischer Sozialismus sei nur eine Worthülse, mit der sich alles, auch die Heterogenität jener, die sich auf ihn beziehen, zudecken lasse. „Die Einen machen es zum Glauben, die anderen auch zum Machtkampf“ und die, die sich bemühten klarzumachen, dass es hier um die tatsächliche Einheit von Ziel, Bewegung, Wertesystem gehe, „die waren eigentlich in der Minderheit“ (E11). Aber ungeachtet von seiner realen oder vermeintlichen Instrumentalisierung sei „die Grundidee des demokratischen Sozialismus im Osten nach wie vor verankert als gesellschaftliche Überlegung“ und von daher sei die PDS gut beraten gewesen zu sagen, „sie vertritt diese Position und wird mit dieser Position gewählt“ (F2). Insofern sei es zunächst nachvollziehbar, wenn auch die Berliner diese Position vertreten, darunter eine große Zahl ihrer Amts- und Mandatsträger.

Das Engagement der Führung der Berliner Linkspartei im „Forum demokratischer Sozialismus“¹³ lässt sich deshalb nicht einfach auf eine Abgrenzung zur (Berliner) WASG oder zu anderen politischen Strömungen reduzieren. Dahinter steht das Verständnis eines Weges zum Sozialismus, der in Anlehnung an das Parteiprogramm der PDS „als Weg der Transformation der bestehenden Gesellschaft“ bezeichnet wird. Nicht die Revolution, nicht der Bruch mit gesellschaftlichen Realitäten, sondern deren transformatorischen Veränderungen, die im Alltag der Menschen ansetzen müssen, bilden den Kern dieser strategischen Überlegungen.

Gesellschaftliche Transformation wird danach als Prozess verstanden, der mit der Veränderung konkreter Realitäten mittels praktischer Reformpolitik beginnt und sie mit der Perspektive einer anderen, gerechten Gesellschaft verbindet. Dies setzt zum einen die Kenntnisnahme der Realitäten voraus und bricht mit dem Verständnis „revolutionärer Prozesse wie die Oktoberrevolution“, die „Kontrolle oder Übernahme von Fabriken oder Vergesellschaftung.... es geht viel mehr darum, bestimmte demokratische Elemente auf der Basis des kapitalistischen Wirtschaftssystems zu verankern...“ (F5). Wie transformatorisch aber ist eine solche Vision.

Die Frage ist auch, ob sich die praktische Reformpolitik der Berliner Linken tatsächlich mit Perspektiven verbinden lässt, die die Gesellschaft grundlegend verändern. Auf dem Gründungsparteitag der Berliner Linken im Juni 2007 hat Klaus Lederer (Landesvorsitzender) die Systemfrage aufgegriffen. Dafür gäbe es Bündnispartner auch in anderen Parteien. Er verwies dabei auf Positionen innerhalb der SPD, für die der demokratische Sozialismus immer noch ein erstrebenswertes Ziel sei. „Wir sind die Partei der sozialen Gerechtigkeit und des demokratischen Sozialismus“, betonte Klaus Wowereit in seiner Rede auf dem SPD-Landesparteitag zum Grundsatzprogramm der SPD am 30. Juni 2007 in Berlin¹⁴. Damit wird ein politischer Anspruch formuliert, dessen künftige Übersetzung in konkrete Politik zu prüfen ist.

¹² Siehe hierzu Edeltraut Felfe, Erwin Kischel, Peter Kroh: (2005). Warum? Für wen? Wohin? 7 Jahre PDS Mecklenburg-Vorpommern in der Regierung. Schkeuditz.

¹³ Das Forum versteht sich als ein Netzwerk innerhalb der Linkspartei, das an den erarbeiteten Positionen der Linkspartei.PDS zum demokratischen Sozialismus als Ziel, Weg und Wertesystem festhält und mit dieser Position auf die Strategie und Programmatik der neuen Partei Einfluss nehmen und um dauerhafte gesellschaftliche Mehrheiten kämpfen will. Forum Demokratischer Sozialismus (2007). Aufruf. Also träumen wir mit hellwacher Vernunft: Stell dir vor, es ist Sozialismus, und keiner geht weg! * http://www.forum-ds.de/article/761.also_traeumen_wir_mit_hellwacher_vernunft_stell_dir_vor_es_ist_sozialismus_und_keiner_geht_weg.html vom 7. Februar 2007.

¹⁴ Klaus Wowereit. Rede auf dem Landesparteitag der SPD. Am 30.06.2007 in Berlin [http:// www.klaus-wowereit.de/archiv/news_archiv/ juni_2007/](http://www.klaus-wowereit.de/archiv/news_archiv/juni_2007/)

Darüber hinaus stellt sich für die Linken der einzigen Ost-West-Stadt Deutschlands die Positionierung zum demokratischen Sozialismus auch vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung der PDS bzw. Linkspartei mit dem Stalinismus. Der Bruch mit dem Stalinismus als System gehört aus der Sicht der Berliner Akteure zwingend zum Erbe der neuen Linken. Eine Relativierung dieser Position im Rahmen der Parteineubildung, einschließlich der Aufhebung bisher geltender Parteibeschlüsse zur Offenlegung der politischen Biographie¹⁵, wird abgelehnt.

2. Berlin konkret

2.1 Politikformen und Selbstverständnis

Seit 1994, dem Beginn der Tolerierung einer SPD-Minderheitsregierung durch die PDS in Sachsen-Anhalt, der 1998 beschlossenen rot-roten Koalition in Mecklenburg-Vorpommern und der rot-roten Koalition in Berlin 2001 stellte sich die Frage nach der Regierungsbeteiligung für diese drei Landesverbände nicht nur abstrakt, sondern sehr konkret. Gleichzeitig wurde sie auf Bundesebene als Grundsatzfrage im Kontext der Funktions- und Gebrauchswertbestimmung der PDS diskutiert. Dabei stand der Anspruch, als eigenständige Kraft ein „alternatives Projekt“ zu sein im Widerspruch zur Funktion „linkes Korrektiv“ im Rahmen eines parteipolitischen Mitte-Links-Bündnisses. Dies mündete im Bundestagswahlkampf 2002 in zwei, einander widersprechende Wahlkampfstrategien, was letztlich zum Verlust der bundespolitischen parlamentarischen Präsenz der PDS beitrug.

Der Parteitag von Gera unmittelbar nach den Wahlen 2002 verdeutlichte den tiefen Riss innerhalb der PDS in der für sie existenziellen Frage nach ihrem Selbstverständnis und Gebrauchswert. Während Gabi Zimmer als Parteivorsitzende für ein alternatives gesellschaftlich verankertes Mitte-Unten-Projekt votierte, stritten die Parlamentarier vor allem auch des Berliner Landesvorstandes für die Profilierung einer „radikal demokratischen und sozialen Reformpartei“, die von links die Politik von rot-grün unter Druck setzen und in diesem Sinne „linkes Korrektiv“ sein müsse¹⁶. Dazu müsse die Partei konkrete Reformprojekte in den Bereichen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, Bildungs- und Gesundheitspolitik entwickeln und hierfür parlamentarische und außerparlamentarische Mehrheiten organisieren. Diese Mehrheiten zur Gestaltung von Politik auch aus Regierungsverantwortung wurden von den Berliner Reformern im genannten politischen *Mitte-Links-Bündnis*, auf das sich die Linke als Partei beziehen müsse, nicht aber in einem gesellschaftlichen *Mitte-Unten-Bündnis* gesehen, das in Opposition zum gesellschaftlichen System stehe. Aber nicht nur von den Berlinern wurden beide Anätze, obwohl sie sich auf unterschiedliche (auf die politische und gesellschaftliche) Ebenen beziehen, fruchtlos gegeneinander gestellt.¹⁷

Im Programm der PDS aus dem Jahr 2003 finden sich beide Ansätze wieder: „Die PDS will Teil einer breiten Allianz sein, die sich gegen eine Politik richtet, deren Ziel es ist, Übereinstimmung mit den ökonomisch Mächtigen auf Kosten der sozial Schwachen zu erzielen. ...Wir sind als sozialistische Partei bereit, langfristig an einem Mitte-Links-Bündnis mitwirken...“ Dazu gehört die Arbeit in parlamentarischer Opposition ebenso wie in Regierungsverantwortung: „Wir streiten darum, wie wir unser Profil als sozialistische Partei entwickeln,

¹⁵ Es handelt sich dabei um einen Parteitagsbeschluss der PDS „Zur Offenlegung der politischen Biographie für Genossinnen und Genossen, die für Parteiämter oder Wahlmandate kandidieren“ vom Juni 1993 http://archiv2007.sozialisten.de/partei/geschichte/beschluesse_umgang_mfs/view_html/n2/bs1/zid32967). Beschluss der 2. Tagung des 3. Parteitages, 26. bis 27. Juni 1993

¹⁶ Landesvorstand der PDS Berlin (2002). Mehr demokratisch-sozialistische Politik – Chance zur Erneuerung. Initiativantrag an den Geraer Parteitag. 08.10.2002. http://www.forum-ds.de/article/808.mehr_demokratisch_sozialistische_politik_chance_zur_erneuerung.html

¹⁷ Vgl. zum Zusammenhang dieser beiden Konzepte in: André Brie; Michael Brie; Michael Chrapa: Für eine moderne sozialistische Partei in Deutschland Grundprobleme der Erneuerung der PDS (mit einer Anlage von Dieter Klein zu konkreten Reformprojekten). rls Standpunkte, Nr. 9/2002.

Ansätze für soziale und demokratische Alternativen durchsetzen und in parlamentarischer Opposition ebenso wie bei Regierungsbeteiligung politische Verantwortung übernehmen können.“¹⁸

Auf dem Potsdamer Parteitag der PDS 2004 wurde das strategische Dreieck beschlossen, auf das sich auch die Führung der Berliner Linkspartei beruft. Für Berlin bedeuten dessen Ecken: *erstens* Protest gegen Bundesgesetze wie Hartz IV bei gleichzeitiger Pflicht, diese in den Verwaltungen umzusetzen und dabei alle Möglichkeiten im Interesse der Betroffenen zu nutzen (Bundesrecht bricht Landesrecht), *zweitens* sozial gerechte Stadt- und Kommunalpolitik unter der Schuldenlast von ca. 60 Mrd. Euro und einer deshalb eingereichten Klage vor dem Bundesverfassungsgericht, die inzwischen abgelehnt wurde, aber maßgeblich Politik beeinflusste, und *drittens* die Entwicklung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS) und die Einführung von Gemeinschaftsschulen. Mit der Verteidigung des strategischen Dreiecks soll linke Regierungspolitik in Berlin – als eine Option politischen Handelns – verteidigt werden. Diese Option wird verbunden mit der Forderung, den demokratischen Sozialismus als Ziel, Weg und Werte in die Programmatik der neuen Linken aufzunehmen. Wie aber passen demokratischer Sozialismus und Realpolitik in Regierungsverantwortung zusammen?

2.2 Berliner Strategien – Ein Blick zurück

Die Linke in Berlin sei die „Domäne der modernen Sozialisten“, schreibt Michael Koss in seinem Buchbeitrag „Durch die Krise zum Erfolg? Die PDS und ihr langer Weg nach dem Westen“¹⁹. Die Berliner Linke werde dominiert von modernen Sozialisten und verstehe sich als „visionäre Wegbegleiterin“, die nach strategischen Projekten suche. Libertäre Ansätze würden hier stärker als in anderen Landesverbänden vertreten werden.

Sieht man auf die Vielzahl von Strategie- und Positionspapieren von Berliner Linken, angefangen vom gemeinsamen Papier von Carola Bluhm und Harald Wolf „Vor der Kür kommt die Pflicht“ aus dem Jahr 2001 über „Berlin beginnt – neue Chancen für die Stadt“ von Stefan Liebich 2002, „Zwei entscheidende Jahre – Plädoyer für die Fortsetzung der rot-roten Koalition über 2006 hinaus“ von Harald Wolf aus dem Jahr 2004, die im gleichen Jahr von Thomas Flierl entwickelten Kulturpolitischen Leitlinien, den Beitrag von Katina Schubert und Elke Breitenbach „Opposition und Regierung“ von 2004 und Benjamin Hoff's Thesenpapier „Linkssozialistische Politik in Regierungsverantwortung“ aus 2004 und sein Diskussionsangebot: „Soziale Metropole Berlin – Offene Fragen linker Stadtpolitik“ aus 2007, so möchte man dieser Einschätzung zustimmen.

Immer wieder wurden neue strategische Überlegungen zu linker Politik in Berlin formuliert und parteiintern auf Parteitagen und Strategieforen diskutiert. Aber immer wieder brachen diese Diskussionen ab, blieben für die eigene Partei folgenlos und ohne Bedeutung für stadtgesellschaftliche Diskurse. Sie führten nicht zur Erarbeitung einer Gesamtstrategie für Berlin, mit der sich die Mitgliedschaft der Partei identifizieren und in die sie sich einbringen konnte, eine Strategie, mit der die Linkspartei in der Gesellschaft erkennbar sein und in der Lage wäre, stadtpolitische Auseinandersetzungen mitzubestimmen, in der sich auch Einzelmaßnahmen einordnen und gewichten ließen. Es gab und gibt bis heute kein Gesamtkonzept mit projekt- und themenübergreifenden Strategien und Vorhaben. Die Umsetzung eigener zentraler politischer Projekte hat erst nach den Wahlen 2006 begonnen. Wie lässt sich dieser Umstand angesichts der doch vorhandenen Potentiale erklären?

Die Ursachen hierfür sind vielfältig. Sie finden sich in den Defiziten der Papiere selbst, die zum Teil von den Ereignissen überrollt wurden und letztlich Einzelpapiere blieben. Sie finden sich in der praktischen Politik unter Haushaltsdiktat, in der Dominanz parlamentarischer

¹⁸ Partei des Demokratischen Sozialismus. Programm. Berlin, 2003. S. 51

¹⁹ Michael Koss (2007). Durch die Krise zum Erfolg? Die PDS und ihr langer Weg nach dem Westen. In: Tim Spier, Felix Butzlaff, Matthias Micus, Franz Walter. Die Linkspartei Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft. S. 135ff

Politik, im Stil politischer Entscheidungsprozesse, in den fehlenden personellen Ressourcen der Berliner selbst und letztlich auch in der schwindenden intellektuellen Attraktivität der Gesamtpartei.

In den schon genannten Überlegungen von Carola Bluhm und Harald Wolf aus dem Jahre 2001 wird darauf verwiesen, dass bis dahin zwar erreicht worden wäre, „in weiten Teilen die Meinungsführerschaft in der Opposition zu gewinnen und vor allem im ersten Halbjahr aus der Opposition politische Themen zu besetzen“, dies aber nicht mit der Stärke der PDS, sondern mit der Schwäche der Grünen zusammenhänge. „Zu Einzelthemen ist es uns gelungen und gelingt es uns immer wieder, Reformvorschläge zu entwickeln, die wirkliche Alternativen zur Regierungspolitik darstellen (z.B. Thema Wohnungsbaugesellschaften, perspektivisch die gut laufende Projektarbeit zur Hochschulmedizin). Es fehlt jedoch ein Gesamtkonzept. Partei müsse sich vor allem mit 'soziale Gerechtigkeit als vordringliches Ziel', mit Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik und der mit der Entwicklung von Bürgerrechten konzeptionell auseinandersetzen und dabei die Einheit der Ost-West-Stadt, die Zukunft der Region und die Haushaltskonsolidierung als zentrale Aufgaben bearbeiten.“²⁰

Nach den Wahlen 2001 wird die PDS mit dem tatsächlichen Ausmaß parasitärer Netzwerke von Politik und Wirtschaft in der Stadt (der „Berliner Filz“), des Bankenskandals und den 57 Mrd. Euro Schulden, dies ist das Zweieinhalbfache des jährlichen Berliner Landeshaushaltes, konfrontiert. Dies alles waren die Folgen früherer Visionen des „Größenwahns“, die Stadt als Dienstleistungsmetropole und als Olympiastadt zu entwickeln, verbunden mit gepflegter Subventionsmentalität und einer Stadtpolitik fernab aller Berliner Realitäten. Ebenso erwies sich die Vorstellung einer „geldsprudelnden Bundeshauptstadt“ als leichtfertiger Irrtum.

Vor diesem Hintergrund sah die PDS ihre vordringlichste Aufgabe darin, die Stadtpolitik an Berliner Realitäten anzupassen, den Filz zwischen Verwaltung und Lobbygruppen zu beseitigen, die Folgen des Bankenskandals aufzuarbeiten und den Haushalt als Voraussetzung für Politikgestaltung zu stabilisieren: Sanierung statt Vision und Konsolidierung des Haushaltes statt Subventionswirtschaft. Hierzu sollte ein Dialog über Sanierungsstrategien und fairen Interessenausgleich mit allen gesellschaftlichen Gruppen und Verbänden initiiert werden. Dieser Dialog blieb Idee. Stattdessen kam es 2002 zum Angebot für einen Solidarpakt für den Öffentlichen Dienst in Berlin.

Genau an diesen Punkten setzte auch das Papier von „Berlin beginnt“ von 2002 an. Zuerst müsse Berlin seine finanzpolitischen Hausaufgaben machen, um Spielräume für spätere politische Handlungsfähigkeit zu schaffen. Folgerichtig stand im Zentrum der Vision „Berlin als Stadt der Bürgerinnen und Bürger“ ein stadtweiter „Solidarpakt aller gesellschaftlichen Akteure“ als „Einstieg in ein sozial ausgewogenes Reformprojekt für das Gemeinwesen“. Real bedeutete dies die Abkopplung der Einkommensentwicklung der Angestellten des öffentlichen Dienstes vom Bundestarif und somit Ausstieg aus dem Flächentarifvertrag. Die von den Gewerkschaften geforderte moderate Erhöhung von Löhnen und Gehältern konnte Berlin nicht zahlen, es hätte die Erhöhung der Verschuldung um jährlich 250 Millionen Euro oder einen zusätzlichen Abbau von Stellen in großem Umfang bedeutet. Bereits von 1996 bis 2000 waren bereits 23 Tsd. Stellen allein im unmittelbaren Landesdienst abgebaut worden. Der hierfür als Alternative vorgeschlagene Solidarpakt umfasste den Ausschluss betriebsbedingter Kündigung, mehr Freizeit durch Arbeitszeitverkürzung, die Angleichung der Arbeitszeit in Ost und West, einen Einstellungskorridor für sieben Tsd. junge Leute. Er sollte auf einen vertraglich festgelegten Zeitraum von vier Jahren befristet sein und verlangte von den Angestellten, nicht auf monatlichen Lohn, aber auf Lohnsteigerungen zu verzichten. Für drei Jahre sollte das Urlaubs- und – beschränkt auf die höheren Einkommensgruppen –

²⁰ Freundl, Carola, Wolf, Harald (2001). Vor der Kür kommt die Pflicht. http://cmsfraktion.linksparterie-berlin.de/politik/projekte/politikfelder/haushalt_und_finanzen/vor_der_kuer_kommt_die_pflicht/

das Weihnachtsgeld ausgesetzt werden.²¹ Dieser Solidarpakt wurde von den Gewerkschaften abgelehnt, ebenso wie die Bitte der rot-roten Koalition, analog der „Bremer Lösung“ bei den Potsdamer Tarifverhandlungen 2002/2003 aufgrund der extremen Haushaltsnotlage eine Notlagenklausel (Öffnungsklausel) für das Land Berlin aufzunehmen. Daraufhin trat Berlin aus den Arbeitgeberverbänden aus. 2003 wurde der Anwendungstarifvertrag für den öffentlichen Dienst abgeschlossen und bedeutete die Abkopplung der Gehaltsentwicklung vom bundesweiten Tarifstandard²².

2003 wurde zum Jahr von Kürzungen und Einschnitten im sozialen Bereich. Dazu gehörte die weitgehende Aufhebung der Lernmittelfreiheit, die sozial gestaffelte Kita-Gebühren-Erhöhung, die Kürzung von Mitteln für Jugendprojekte, die Kürzungen im Hochschul- und Bildungsbereich, die Erhöhung der Wassergebühren, die Kürzung der Pflegegeldzuschüsse, die Reduzierung des Blindengeldes, die Streichung des Zuschusses von 17 Mio. Euro für die Berliner Verkehrsbetriebe, die daraufhin das Sozialticket abschaffte. Der Versuch der PDS, „einen Prozess in Gang zu setzen, (so) dass wichtige Schritte zur Haushaltskonsolidierung nicht einfach als Kürzung bei einer gesellschaftlichen Gruppe wahrgenommen werden“, sondern als Ergebnis politischer Prioritätensetzung, die dann auch finanzpolitisch untersetzt werden, scheiterte.²³

Es gelang der PDS weder, die konzeptionellen Überlegungen der Sparmaßnahmen darzustellen, noch einen stadtpolitischen Diskurs zu politischer Prioritätensetzung in Gang zu setzen, der über das Ziel Haushaltskonsolidierung hinausging. Damit aber blieben wichtige Erfolge linker Politik wie die Abschaffung von Chipkarten für Flüchtlinge und ihre Unterbringung in Wohnungen statt in Asylbewerberheimen, „Hilfen zur Arbeit“, „Prävention statt Verfolgung“ isolierte Projekte. Sie waren Angebote an einzelne konkrete Gruppen, die nicht gering geschätzt werden sollen. Sie standen jedoch nicht für einen übergreifenden Ansatz, wie er mit dem Anspruch „die gesunde Stadt, d. h. auch die solidarische Stadt“ erhoben wurde.

Halbzeitbilanz 2004 – die Chance umzusteuern

Ende 2003 beschloss die Berliner Linkspartei die Bilanzierung der Umsetzung des Wahlprogramms der PDS. In dem entsprechenden Antrag hieß es, dass eine kritische und konkrete Bilanz zur Umsetzung des Wahlprogramms „Miteinander für Berlin“ vom Jahre 2001 zu ziehen und die Umsetzung der Koalitionsvereinbarung konkret und kritisch zu bewerten sei. Politische Vorhaben, die auf Grund von Koalitionsverhandlungen und Kompromissen nicht oder nicht so, wie im PDS-Wahlprogramm fixiert, realisiert werden konnten, seien konkret zu benennen. Die Ursachen dafür seien zu begründen.

Bereits im Vorfeld des Bilanzparteitages 2004 beteiligten sich viele Mitglieder und Gliederungen der Partei an den Diskussionen des Für und Wider linker Regierungspolitik. Es ging dabei weniger um die grundsätzliche Ablehnung von Regierungshandeln, als vielmehr um die Frage, „wie“ Regierungspolitik real gestaltet werden müsse, was die Inhalte linker Politik in Regierungsverantwortung sein sollen und real sein können, wie sich Prozesse der Entscheidungsfindung vollziehen, in welchem Maße sich Regierungspolitik als Teil der Berliner Parteipolitik versteht und wie sie von ihren Mitgliedern getragen wird.

In den Stellungnahmen der Bezirks- und Basisorganisationen wurden folgende konkrete Ergebnisse bewertet: Positiv bewertet wurde die Haushaltssanierung, die Risikoabschirmung

²¹ Liebich, Stefan (2002). Solidarpakt. Rede des Fraktionsvorsitzenden Stefan Liebich in der 20. Sitzung des Abgeordnetenhauses von Berlin am 31. Oktober 2002 / Aktuelle Stunde zum Solidarpakt. 31. 10. 2002 <http://www.archiv2006.pds-berlin.de/politik/dok/2002/021031stl.html>

²² Siehe hierzu Marian Krüger (2006). Der öffentliche Sektor ausgewählter europäischer Hauptstädte im Vergleich. Eine Bestandsaufnahme in Berlin, London, Paris, Wien und Rom. RLS-Studie, Berlin, S. 2006

²³ Liebich, Stefan (2002). Berlin beginnt. 18.09.2002 <http://www.archiv2006.pds-berlin.de/politik/dok/2002/020918strat.html>

der Bankgesellschaft, die Stärkung der Haushalte der Stadtbezirke durch Erhöhung der Zuweisungen an die Bezirke um 140 Mio. Euro, darunter die Weiterfinanzierung des Sonderprogramms Ost und Sicherung der Stadtteilzentren, das durchgesetzte angemessene Zumessungsmodell im Bereich „Hilfen zur Erziehung“, die Vermittlung von Sozialhilfeempfangenden in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, die Gründung der Opernhäuserstiftung, die Abschaffung der Chipkarten für Asylbewerber und ihre Unterbringung in Wohnungen, der Beginn der Hochschulautonomie, die Ehrenbürgerschaft für Bersarin (den ersten sowjetischen Stadtkommandanten 1945), die Verabschiedung des neuen Schulgesetzes, die Einführung sozial differenzierter Kita-Gebühren, die Verhinderung der Absenkung der Sozialhilfesätze und der Abschluss des Anwendungstarifvertrages. Als negativ wurde angesehen, dass die Rahmenbedingungen der Koalition nicht bzw. unzureichend hinterfragt wurden, die Senkung der Sozialhilfeleistungen, der Umgang mit der Landesbank Berlin, der drastische Ansehensverlust der PDS als Partei der sozialen Gerechtigkeit, die Zustimmung zur Erhöhung der BVG-Gebühren, die Abschaffung des Sozialtickets, die Kürzung der Finanzierung der Universitäten um 75 Mio. Euro, die unzureichende Kommunikations- und Öffentlichkeitsarbeit, die Widersprüche zwischen Bundes- und Landespolitik der PDS, die Aufhebung der Lernmittelfreiheit, die Erhöhung der Kita-Gebühren, das öffentliche Bild als Erfüllungsgehilfe der SPD, die Senkung des Blindengeldes (auch wenn dies geschah, um eine Kürzung der Sozialhilfesätze zu verhindern).

Die differenzierten Bewertungen positiver wie negativer Ergebnisse wurden in die Halbzeitbilanz des Berliner Landesvorstandes aufgenommen und zusammengefasst und unter Berücksichtigung der Ausgangsbedingungen, des Schuldenberges in Höhe von 53 Mrd. Euro und der eingereichten und 2005 dann abgewiesene Klage auf Anerkennung der Haushaltsnotlage²⁴ beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe bewertet. Die darin beschriebenen „roten Fäden“ – soziale Gerechtigkeit, die Prioritätensetzung auf Bildung, Wissenschaft und Kultur, Aufräumen mit Filz und Korruption, Berlin als Ost-West-Stadt und die weltoffene Stadt – wurden als widerspruchsvolle „Strategien in Not“ dargestellt, zu denen der Ausstieg aus der Anschlussförderung des sozialen Wohnungsbaus ebenso gehörte wie der Abschluss eines neuen Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (vereinbarte Absenkung der Gehälter gegen Freizeitausgleich) mit dem Ziel der Einsparung von einer Milliarde Euro Personalkosten jährlich. Die Defizite und Probleme dieser Strategien werden benannt, ebenso wie die Probleme der Kommunikation, des Umgangs miteinander und das strategisch Manko. „Bislang gelang es nicht, den „Befreiungs-Schlag“ von Altlasten und einen „Erneuerungsschub“ für Berlin als gesellschaftliches Anliegen zu entfalten. ...Der Vorschlag einer gemeinsamen Konsolidierungskonferenz zwischen Gewerkschaften, emanzipatorischen außerparlamentarischen Bewegungen und dem Rot-Roten-Senat blieb bislang nur eine Idee.“²⁵ Dazu kamen neue Konflikte: „Mit der neuen Situation – statt eines früheren Miteinanders gibt es nunmehr häufig ein landespolitisches Gegeneinander – haben noch alle Seiten ihre Schwierigkeiten – Senatoren und Abgeordnete ebenso wie in außerparlamentarischen Bewegungen aktive PDS-Mitglieder und Vertreter von Vereinen und Initiativen.“²⁶

Insgesamt wird das Ergebnis positiv bewertet. „Wir gelangten zu dem Resümee, dass Rot-Rot einen Kurswechsel in der Hauptstadt eingeleitet, die Politik des Größenwahns beendet, einen Kassensturz vollzogen und damit einen realistischen Blick auf die Zukunft ermöglicht hat. Wir haben eine Strategie gegen weitere Verschuldung entwickelt, Altlasten werden abgebaut und entschärft. Der Versuch, sich dabei immer an sozialer Gerechtigkeit zu orientieren, ist prägend für die PDS.“²⁷

²⁴ Mit der Klage verband sich die Hoffnung auf Entschuldung des Berliner Landeshaushaltes um 35 Mrd. Euro.

²⁵ Landesvorstand Berlin (2004). In der Mitte, nicht über den Berg. Eine Halbzeitbilanz. S. 10

²⁶ Landesvorstand Berlin (2004). In der Mitte, nicht über den Berg. Eine Halbzeitbilanz. S. 21

²⁷ Landesvorstand Berlin (2005). Bericht des Landesvorstandes an den 10. Parteitag der Linkspartei.PDS vom 15.11.2005 http://www.dielinke-berlin.de/partei/parteitage/10_landesparteitag/1_tagung/

Die Halbzeitbilanzierung war für die PDS ein Versuch, die Mitgliedschaft der Partei in das Projekt der Regierungsbeteiligung einzubinden. Er holte eine 2001 nicht geführte Debatte über die konkreten Möglichkeiten und Grenzen linker Politik auf Landesebene vor dem Hintergrund der Berliner Bedingungen nach. Dieser Dialog ging jedoch über eine gemeinsame Bilanzierung nicht hinaus. Es fehlte die Formulierung konkreter Konsequenzen für die Zukunft. So wurden keine originären linken Projekte benannt, mit denen die Berliner Linke identifiziert werden konnte und die als Parteiprojekte die aktive Mitarbeit der Mitgliedschaft einforderten.

Die Entwicklung solcher Projekte, die die Partei selbst mobilisieren und zugleich in der Stadtgesellschaft von Berlin verwurzelt sein sollten, begann mit den Beschlüssen der Jahresklausur der PDS-Fraktion im September 2004 in Szczecin. Dazu gehörte das Projekt *Gesundheitsstadt Berlin* mit der Möglichkeit, Wissenschaft, Wirtschaft, öffentliche Daseinsvorsorge und soziale Stadt in einem Projekt zusammenzufassen, die Eckpunkte kommunaler Beschäftigungspolitik (ÖBS) und die Konzentration auf Zukunftspotentiale der Bildung (Integration durch Bildung als Beitrag zur sozialen Stadtentwicklung).

Eine Analyse der Auswirkung der Regierungspolitik auf die innerparteiliche Situation blieb bewusst aus. Diese Analyse wäre aber notwendig gewesen, um ein reales Bild über die Bindung der Mitglieder an die Landespartei und ihre Identifizierung mit der Landespolitik ihrer Partei zu erhalten und daraus Schlussfolgerungen abzuleiten. Die klaren Mehrheitsbeschlüsse auf den Landesparteitagen verdeckten die wachsende Entfremdung der eigenen Mitgliedschaft gegenüber der Landespolitik ihrer Partei. Ebenso wurde auf eine Analyse der Strukturen politischer Entscheidungsfindung und der Verknüpfung von parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit verzichtet.

Der Berliner Fusionsprozess

Die Möglichkeiten der Herausbildung einer gesamtdeutschen Linkspartei wurden in der Berlin PDS-Führung mit Skepsis betrachtet, denn in Berlin stand die WASG eher für eine Kultur der Abgrenzung von und der Konfrontation mit der PDS. Der Fusionsprozess war in Berlin von beiden Seiten nicht ernsthaft gewollt, weder von der WASG noch von Seiten vieler Amts- und Mandatsträger der Linkspartei. Diese sahen einen „Berliner Sonderfall“, weil hier nicht nur die Probleme unterschiedlicher Partei- und Politikverständnisse, unterschiedlicher Haltungen zur Regierungspolitik aufeinander prallten, sondern der Kern der WASG „eine bewusste Gegengründung zur PDS“ gewesen sei: „Ihr erklärtes Ziel war die Abwahl von Rot-Rot und damit auch der Kampf gegen die PDS als Regierungspartei.“²⁸ Diese, die WASG in Berlin prägende Position fand im Berliner Wahlkampf 2006 ihre Zuspitzung und verhinderte die für die Linkspartei wichtige sachliche Auseinandersetzungen zu Problemen der Berliner Landespolitik. Die Chance zum Diskurs auf der Grundlage vorliegender Thesenpapiere beider Parteien zu Privatisierung, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, Haushaltspolitik, Sozialpolitik und zum öffentlichen Dienst wurde ebenso ausgeschlagen wie die Chance der noch im April 2006 gemeinsam formulierten inhaltlichen Positionen für einen gemeinsamen Wahlkampf, in dem die Linkspartei zum Teil über ihre eigenen bisherigen Aussagen hinausging.

Fasst man die Diskussionen beider Parteien dieser Zeit zusammen, so wird die in der Linkspartei begonnene Diskussion zu Fragen nach dem „Wie“ und nach Essentials linker Politik in Regierungsverantwortung in Auseinandersetzung mit der Mehrheit der Berliner WASG wieder zur Grundsatzfrage nach dem „Ob überhaupt“. Vor diesem Hintergrund

²⁸ Udo Wolf, Stefan Liebich, Halina Wawzyniak, Carsten Schatz. Die Diskussion zur Vereinigung von WASG und Linkspartei.PDS – aus der Sicht des Berliner »Sonderfalls« 10.09.2005. <http://www.die-linke-berlin.de/index.php?id=4702>

verblasste auch jene Kritik, die sich konstruktiv mit konkreter Regierungspraxis auseinandersetzen wollte.

Die mangelnde Fähigkeit seitens der Linksparteiführung, innerparteilich konstruktiv mit Kritik umzugehen, sie aufzugreifen und zu bearbeiten, kritisches Denken als kritisches Reflektionspotential zu befördern und zu hinterfragen und hierfür Räume zu schaffen, bildet letztlich eine der Ursachen für die spezifische Entwicklung der WASG auf Berliner Ebene. Sie war letztlich auch Teil ihrer ungelösten Probleme. Das fehlende politische Profil der Berliner Linken, ihre Führungsschwäche, die nachlassende Bindung der eigenen Mitgliedschaft vor allem in den Hochburgen der Linkspartei und letztlich auch die Auseinandersetzungen mit der WASG führten dazu, dass die Linken einen Großteil ihrer Stammwählerschaft nicht mehr ansprechen konnten.

2.2 Berliner Wahlen 2006

Berlin hat 2.425.457 Wahlberechtigte, davon haben im September 2006 lediglich 58 Prozent, ihr Wahlrecht in Anspruch genommen, wobei die Wahlbeteiligung in den ehemaligen Hochburgen der Linkspartei lediglich bei 49,3 Prozent in Marzahn-Hellersdorf bzw. 49,7 Prozent in Lichtenberg lag. In beiden Bezirken erreichte die NPD einen Stimmanteil von 6 Prozent bzw. 6,4 Prozent. Das Wahlziel der Linkspartei: „17 Prozent + X“ wurde mit 13,4 Prozent deutlich nicht erreicht. Sie verlor im Vergleich zu den Bundestagswahlen 2005 im Ostteil der Stadt 2 Prozent, in den Westbezirken 2,7 Prozent, ein Rückschlag, der mit Ausnahme von Neukölln vor allem die mühsam aufgebaute parlamentarische Verankerung in den Westbezirken traf.

69.000 frühere PDS-Wähler wurden Nichtwähler. Im Vergleich zu 2001 verlor die Linkspartei zwei Drittel ihrer Wähler unter 30 Jahre. Sie verlor 27.000 Wähler an die SPD, 16.000 an die WASG. Diese erreichte 2,9 Prozent, davon 3,3 Prozent im Ostteil der Stadt und 2,6 Prozent in den Westbezirken. Sie ist in zwei Bezirksparlamente eingezogen und erschwerte bzw. verhinderte den Einzug der Linkspartei in die westlichen Bezirksparlamente.

Wahlauswertung – Ursachen für die Wählerverluste

Für die Mehrheit der Wähler zu den Berliner Wahlen 2006 zum Abgeordnetenhaus wie zu den Bezirksverordnetenversammlungen gab die *Landespolitik* den Ausschlag. Bundespolitische Themen wie der Kriegseinsatz der Bundeswehr, die Erhöhung der Mehrwertsteuer, die Gesundheitsreform etc. blieben bedeutungslos. Gefragt waren gesamtstädtische Kompetenzen zur Gestaltung und Entwicklung der Stadt. Und hier verlor die Linkspartei gerade auf den Feldern, auf denen ihr bisher Kompetenzen zugeschrieben wurden. Sie verlor 5 Prozent als Partei der sozialen Gerechtigkeit (Zuschreibung liegt bei 34 Prozent), auf dem Gebiet der Bildung 9 Prozent (Zuschreibung liegt bei 24 Prozent), 6 Prozent beim Schuldenabbau (Zuschreibung bei 7 Prozent), beim Thema Zukunft 9 Prozent (Zuschreibung bei 8 Prozent). Letzteres bestätigen andere, bisher vorliegenden Studien über Regierungshandeln der Linken²⁹, denen zwar ein veränderter Politikstil, nicht aber ein Richtungswechsel bescheinigt wird. Möglich war es den Stil der Politik (wenn auch wenig sichtbar) zu modifizieren, nicht jedoch einen Richtungswechsel. Dadurch entstand eine dauerhafte Inkonsistenz linker Politik, die letztlich die Partei auszehrte.

Was waren die wichtigsten Ursachen vor allem für die große Zahl der Nichtwähler, unter denen maßgeblich frühere PDS Wähler vertreten waren:

1. Im Gegensatz zu 2001 gab es keine Wechselstimmung, keinen Aufbruch. Die SPD erhielt mit 30,8 Prozent der Zweitstimmen gegenüber der CDU mit 21,3 Prozent klar den Auftrag zur Regierungsbildung. Es bestätigte sich, dass der Wahlmehrheit 2001

²⁹ Vgl. Rolf Reißig (2005). Mitregieren in Berlin. Die PDS auf dem Prüfstand. Berlin; Edeltraut Felfe, Erwin Kischel, Peter Kroh (Hrsg.). ((2005). Warum? Für wen? Wohin?. 7 Jahre Mecklenburg-Vorpommern in der Regierung.

keine langfristige gesellschaftlich-strukturelle Mehrheit zugrunde lag. Die Mehrheit der Berliner bevorzugte im September 2006 eine rot-grüne Koalition.

2. Der von den Berliner Linken in der Koalition vollzogene Politikwechsel von „Größenwahn“ zur „sozial gestalteten Konsolidierung“ wurde nicht als genuin *linker* Richtungswechsel betrachtet und daher auch von den Wählerinnen und Wählern *nicht* als linkes Projekt verstanden. Die Konzentration allein auf Haushaltskonsolidierung wurde in dem Moment zum Problem, wo die PDS nicht mehr als Partei der sozialen Gerechtigkeit erkennbar war: „Das Dilemma besteht darin, dass wir beim Sozialabbau in Berlin mithelfen, zumindest wird es so von vielen empfunden.“³⁰
3. Gleichzeitig vollzog sich auch in Berlin in Folge neoliberaler Bundesgesetzgebung, des Abbaus sozialer Sicherungssysteme und Arbeitsmarktgesetze wie Hartz IV die soziale Polarisierung der Gesellschaft. Der Sozialstrukturatlas für Berlin beschreibt die wachsende Armut vor allem von Kindern. Der in diesem Bericht ressortübergreifende Ansatz wurde jedoch nicht in konkrete Konzepte überführt. Ansätze wie die Sozialberichterstattung in Berlin führten nicht zu öffentlichen Debatten über Hintergründe der eigenen Politik. Es fehlte das übergreifende Konzept, in das sich die zahlreichen vorhandenen Einzelmaßnahmen einordnen ließen. So konnte Heidi Knaake-Werner als Sozialsenatorin zum Beispiel unter Nutzung ihrer Möglichkeiten Massenunzüge in Folge der Hartz-IV-Gesetze verhindern.
4. Die konzeptionelle Schwäche der Partei, das weitgehende Fehlen konkreter alternativer Projekte machte es unmöglich, die Regierungspolitik als den Weg eines transformatorischen Prozesses zu sehen. Das fehlende eigene Profil wurde von den eher kapitalismuskritischen Kreisen innerhalb und außerhalb der Partei als Substanzverlust interpretiert. Die Linkspartei war so für viele nicht mehr von der SPD unterscheidbar. Selbst das Projekt Gemeinschaftsschule musste als vermeintliches „Ostprojekt“ vor dem Hintergrund unbearbeiteter Gegenwartsprobleme an den Berliner Schulen scheitern. Die Verschlechterung der Bedingungen für Lehrer, Erzieher und Schüler, die insgesamt fehlenden personellen und finanziellen Ressourcen und letztlich auch die weitgehende Abschaffung der Lernmittelfreiheit waren gewichtiger als ein innovatives Experiment für künftige Schülergenerationen.
5. Die Partei – als Organisation mit ihren Gliederungen und Tausenden von Mitgliedern – spielte bei der Entwicklung linker Politik auf Landesebene keine Rolle, sie trat nicht mehr als eigenständige politische Kraft in Erscheinung. Dazu zählt schwache konzeptionell inhaltliche Arbeit des Berliner Landesvorstandes, die kritisch solidarische Begleitung und Vermittlung der parlamentarischer Arbeit, die ungenügende systematische Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, Sozialverbänden, Bürgerinitiativen und die mangelnde Fähigkeit der Einbeziehung linker Intellektueller. Die ausbleibende Parteireform und der Umgang mit der Ostproblematik, einschließlich des Umgangs mit der Geschichte der DDR³¹ beförderten die wachsende Entfremdung der Basisorganisationen von parlamentarischer Landespolitik.
6. Die Linkspartei hat sich bemüht, den Politikstil in Berlin zu verändern. So hat sie sich für die Änderungen zur Verfassung von Berlin eingesetzt, durch die das Wahlalter für die Kommunalparlamente auf 16 Jahre herabgesetzt und die direktdemokratischen Möglichkeiten wie Bürgerbegehren oder -entscheide deutlich gestärkt wurden. Unter ihrer maßgeblichen Beteiligung wurde im Berliner Stadtbezirk Lichtenberg der Bür-

³⁰ Bezirksvorstand der PDS Lichtenberg (2004). Vorbereitung einer Bilanz. 16.02.2004. <http://www.linkspartei-berlin.de/index.php?id=6943>

³¹ Viele Mitglieder kritisierten die deutliche Abgrenzung der Berliner PDS-Führung und ihrer Fraktion von der DDR. In zahlreichen Briefen an Klaus Lederer nach den Berliner Wahlen 2006 wird die mangelnde Differenzierung in den historischen Erklärungen der Linkspartei auf Berliner Ebene thematisiert. Siehe Beiträge zur Wahlauswertung. Die Linkspartei.PDS Berlin, Diskussionsforum zur Wahlauswertung. 08.12.2006, S. 25

gerhaushalt eingeführt. Dennoch wurde die Demokratisierung von politischen Strukturen und die Ausweitung direkter Partizipation kein Thema, das die Politik der PDS in der Breite bestimmte.

7. Es ist der Linkspartei vor allem in den Innenstadtbezirken nicht gelungen, im Wahlkampf Themen wie Migration, Kultur, Bildung und auch Innenpolitik so zu präsentieren, dass damit auch Bürgerinnen und Bürger erreicht wurden, die häufig die Grünen wählen, obwohl hierfür z. B. mit dem Integrationskonzept eine gute Grundlage vorlag.
8. Das Ergebnis der Linkspartei bei den Bundestagswahlen wurde immer wieder als Vorwegnahme einer gesamtdeutschen neuen Linkspartei gewertet. Vor diesem Hintergrund musste der Wahlantritt der WASG auf Landesebene gegen die Linkspartei, „das Gesamtbild der Zerstrittenheit der Linken in Berlin“ erzeugen, „das sich nicht auf die WASG reduzierte“³², und sich auf das Wahlergebnis der Linken auswirken. Das neue parteipolitische Projekt hatte in Berlin keine attraktive und damit auch keine mobilisierende Wirkung. In der Analyse zu den Auswertungen der Briefe und Mails an den Landesvorstand wird darauf verwiesen, dass „durch den Landesvorstand die Wirkung der WASG falsch eingeschätzt wurde. Zahlreiche Briefe verweisen darauf, dass sie die Kritik der WASG an der Regierungspolitik z. T. angesprochen habe, weil Inhalte dieser Kritik im Laufe der letzten Jahre auch von Mitgliedern und Sympathisanten der Linkspartei geäußert, aber nicht gehört wurden.“

3. Konsequenzen und Projekte

3.1 Neue Schritte in die Regierung

Das Wahlergebnis im September 2006 führte dazu, das zunächst einmal innegehalten und nachgefragt wurde: Hat die Linkspartei das Recht, mit dem Verlust fast der Hälfte ihrer Stimmen von 2001 noch einmal in die Regierung zu gehen? Das war nicht in erster Linie eine Frage an den bisherigen Koalitionspartner SPD, der zwischen den Grünen und der Linkspartei wählen konnte, auch nicht an die Wählerinnen und Wähler (die Mehrheit der Berlinerinnen und Berliner sprach sich deutlich für eine rot-grüne Option aus), sondern vor allem eine Frage an die Mitglieder der eigenen Partei, die sichtbar geschwächt aus dieser Wahl ging. Sollte eine so angeschlagene Partei noch einmal in die Regierung gehen, was bleibt beim nächsten Mal von der Partei dann noch übrig? Geht man in die Sondierungsgespräche und wenn, mit welchen Inhalten?

Nach heftige innerparteilichen Debatten beschloss die Linkspartei auf einem Sonderparteitag mehrheitlich mit folgenden Forderungen in die Sondierungsgespräche zu gehen: keine Privatisierungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, keine Studiengebühren, Einstieg in den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS), Einstieg in die Gemeinschaftsschule, kostenfreie Kita und ein Landesprogramm gegen Rechtsextremismus. Diesen Forderungen stimmte die SPD in den Sondierungsgesprächen zu. Der Sonderparteitag der Berliner Linkspartei im Dezember 2006 votierte mit großer Mehrheit für die Fortsetzung der Koalition.

Erstmalig wurde jeder einzelne Schritt auf dem Weg in die neue Koalition mit der Parteibasis, den Parteigremien auf Bezirks- und Landesebene, den Mandatsträgerinnen und -trägern aus den Bezirken, den Abgeordneten der Fraktion des Abgeordnetenhauses, den Mitgliedern in der Regierung diskutiert, *bevor* die Entscheidungen getroffen wurden, *bevor* der Parteitag nun auf einem deutlich höherem Niveau die Frage nach der Fortsetzung der rot-roten Koalition diskutierte und entschied. Für ungeklärte Fragen wie Verkauf der Gewerbeansiedlungsgesellschaft (GSG) und Erhöhung der Wasserpreise wurden zusätzlich parteiöffentliche Foren organisiert.

³² Die Linkspartei.PDS Berlin Beiträge zur Wahlauswertung., Diskussionsforum zur Wahlauswertung. 08.12.2006, S. 20

Dass diese neue partizipative und transparente Kultur der Berliner Linken immer wieder neu durchgesetzt werden muss, dass sie anfällig bleibt, zeigt der Umgang mit der Aufhebung des Ladenschlussgesetzes. Das Problem hierbei waren weniger die Inhalte dieser Regelung – die realen Ladenöffnungszeiten entsprachen bundesweit und ebenso in Berlin längst nicht mehr bestehender Gesetzeslage –, sondern es wurde zum bundespolitischen Symbol für die vermeintliche Fortsetzung neoliberaler Politik und für schnelle Entscheidungen an den Parteigremien, einschließlich des Berliner Landesvorstandes, vorbei.

2.2 alternative Projekte und reale Umsetzungen

Bis 2006 standen die Gestaltungsziele linker Politik unter dem Diktat von ca. 60 Mrd. Euro Schulden, einer extremen Haushaltsnotlage und einer deshalb eingereichten Klage beim Bundesverfassungsgericht. Das hieß konkret, dass alles, was Berlin an sozialer Infrastruktur, als sogenannte „Ausstattungsversprünge“ besaß, wurde dort, wo sich die Linkspartei nicht durchsetzen konnte, sozial gestaffelt abgebaut. Dennoch lässt sich linke Regierungspolitik in Berlin nicht auf eine sozial ausbalancierte Sparpolitik reduzieren. Sie war *auch* ein Versuch sich gegen den neoliberalen Mainstream zu behaupten. Und dies vor dem Hintergrund komplizierter Beziehungen zu den Gewerkschaften und schwacher sozialer Bewegungen³³. Die hier skizzierten Gestaltungsziele und realen Umsetzungen sollen nur beispielhaft für unterschiedliche Ansätze, Erfolge und Probleme stehen.

Öffentlicher Beschäftigungssektor

Berlin, einstige Industriestadt, verlor seit 1989 rund die Hälfte ihrer Industriearbeitsplätze. Diese Entwicklung spiegelt sich in der überdurchschnittlichen Höhe der Langzeitarbeitslosigkeit besonders niedrig qualifizierter, zugewanderter Arbeitnehmer wider, deren Situation nunmehr mit Hartz IV festgeschrieben wird. Die Chance ihrer Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt ist nahezu aussichtslos, Arbeitsmarktfördermittel für einen arbeitsvertraglich geregelten zweiten Arbeitsmarkt lassen die Hartz-IV-Gesetze nicht zu.

Im August 2007 waren in Berlin 262.254 Menschen erwerbslos, darunter 20,2 Prozent Ausländer, 44,3 Prozent Frauen und 39,4 Prozent Langzeitarbeitslose.³⁴ Dennoch hat Berlin im zurückliegenden Jahr einen Beschäftigungszuwachs erreicht.³⁵ Den größten Zuwachs gab es bei der Zeitarbeit, im Sektor Erziehung und Unterricht und den Dienstleistungen. Das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit bleibt davon unberührt. Folgerichtig wird in dem Papier der PDS: „Eckpunkte kommunaler Beschäftigungspolitik“ vom Oktober 2004 der Ausbau des zweiten Arbeitsmarkts gefordert, da „die alleinige Orientierung auf den ersten Arbeitsmarkt in Berlin und in anderen strukturschwachen Regionen nicht ausreicht. In Berlin kommt auf mehr als 30 Arbeitsuchende nur eine offene Stelle.“³⁶ Die Berliner Linkspartei hat die Hartz-Gesetze im Bundesrat klar abgelehnt, dennoch sind sie auch für Berlin Gesetzeslage und müssen umgesetzt werden. D.h. die Linke musste ihre arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen nun auf Grundlage dieser Gesetze mit den darin gegebenen Spielräumen nutzen. Dazu gehört öffentliche Beschäftigung mit zusätzlicher Qualifizierung (Befähigungsnachweise oder

³³ Nach dem Ausklang der Montagsdemonstrationen und den Studentenprotesten gegen Studiengebühren und Studienkonten 2004/2005, an denen sich die PDS beteiligte und die sie unterstützte, gab es in Berlin keine nennenswerten sozialen Bewegungen, das Wirken einzelner Initiativen blieb weitgehend marginal. Anders dagegen die partei- und organisationsübergreifenden Initiativen gegen Rechtsextremismus und Versuche der NPD, das Versammlungsrecht wie am 8. Mai 2005 zu missbrauchen.

³⁴ DGB Bezirk Berlin-Brandenburg. Arbeitsmarktdaten Juli 2007 vom 13.08.2007. <http://www.berlin-brandenburg.dgb.de/article/articleview/619/1/7/>

³⁵ Industrie- und Handwerkskammer Berlin Sozialversicherungsbeschäftigte. Arbeitsort Berlin und Deutschland. <http://www.hwk-berlin.de/ueber-uns/organe-ehrenamt/infos-fuer-vorstand/inhaltsuebersicht/berliner-daten/sozialversicherungspflichtig-beschaeftigte.html> Juni 2006.

³⁶ Harald Wolf, Heidi Knake-Werner, Carola Freundl und Elke Breitenbach (2004). Eckpunkte kommunaler Beschäftigung. 08.10.2004 <http://www.pds-berlin.de/politik/dok/2004/hartz4/041008nl.html>

Schulabschlüsse) zu verbinden, um einen Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Damit Langzeitarbeitslose aber nicht nur sinnvolle Arbeit leisten, sondern davon auch leben können, sollen die im Landeshaushalt eingestellten Mittel für Beschäftigungsmaßnahmen um den Landesanteil an Wohnungskosten für Arbeitslosengeld-II-Empfangende und durch Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) auf einen 1.300 Euro Bruttolohn aufgestockt werden.

Die Überlegungen zur Entwicklung eines eigenständigen öffentlich geförderten Beschäftigungssektors sind in der Linkspartei nicht neu. Der Einstieg in einen solchen war bereits 1998 Bestandteil der rot-roten Koalitionsvereinbarung von Mecklenburg-Vorpommern und in dieser vom Finanzierungsvorbehalt ausgeschlossen. Erste Arbeitsinstrumente wie das Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklungsprogramm (ASP) und Gemeinwohlorientierte Arbeitsförderprojekte (GAP) wurden entwickelt und in der Praxis erprobt. Auch in Berlin ist der Einstieg in den öffentlichen Beschäftigungssektor Bestandteil des Koalitionsvertrages. 2500 Stellen sollen bis 2011 in einem Landesprogramm geschaffen werden, indem staatliche Transferleistungen für die Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen umgewidmet und in regulären sozialversicherungspflichtigen Stellen als Gehalt ausgezahlt werden. Über die zukünftigen Bundesprogramme können im Jahr 2007 weitere 500 Stellen, in 2008 ca. 5.000 und 2009 über 3.500 Stellen geschaffen werden. Der ÖBS soll sich dabei auf folgende Handlungsfelder konzentrieren:

- Verbesserung der Perspektiven einer älter werdenden Gesellschaft, beispielsweise Stärkung der Mobilität des Einzelnen, Sicherstellung des Abbaus von Barrieren oder Ausweitung von Serviceangeboten für Seniorinnen und Senioren,
- Stärkung des sozialen Zusammenhalts (Nachbarschaftsarbeit, soziale Infrastruktur),
- Unterstützung der Integration von Migrantinnen und Migranten,
- Stärkung der kulturellen und schulischen Bildung³⁷.

Ein erstes Modellvorhaben als Vorläufer eines ÖBS wird gegenwärtig erprobt und stützt sich auf die Überlegung, dass es auf dem Feld der gemeinnützigen Arbeit viele Tätigkeiten gibt, die kaum kommerziell angeboten werden können. Folgende Projekte gehören u. a. dazu: flexible Kinderbetreuung außerhalb der üblichen Arbeitszeiten, „Modellmaßnahme 50 plus“ für einen Kinder- und Jugendzirkus (Cabuwazi), Gesundheitsförderung und Vorbeugung für Ältere und Hochbetagte und Gemeindedolmetschdienste, die in Schulen und Kindergärten für Migrantenkinder und ihre Eltern in und aus zwölf Sprachen übersetzen können. Bezogen auf die Dauer der Beschäftigung stößt dieses Modellprojekt an die Grenzen von Hartz IV. Danach sind sogenannte "Drehtüreffekte" zu vermeiden. Durch öffentlich geförderte Beschäftigung dürfen keine neuen Ansprüche auf Arbeitslosengeld erworben werden, so dass für Teilnehmer der Modellprojekte unter 55 Jahre zehn Monate Beschäftigung im zweiten Arbeitsmarkt erhalten und nur Langzeitarbeitslose, die älter als 55 Jahre sind, darüber hinaus gefördert werden können.

Öffentliche Daseinsvorsorge

Berlin war seit Jahren dem Druck der Privatisierung und Liberalisierung öffentlicher Daseinsvorsorge ausgesetzt. 1997 wurde die Bewag, 1998 die GASAG privatisiert, 1999 erfolgte die Teilprivatisierung der Wasserbetriebe. Der gleichen Logik folgend, sollte nun die Privatisierung von Vivantes (einem Krankenhausverbund), der Berliner Verkehrsbetriebe und der Stadtreinigung sowie weiterer städtischer Wohnungsbaugesellschaften und letztlich auch die Privatisierung der Berliner Sparkasse folgen. Dies hat die PDS bzw. Linkspartei verhindert. Mit Ausnahme der Städtebaulichen Wohnungsbaugesellschaft GSW sind die genannten Unternehmen nicht privatisiert worden. Das ist für die Berliner Linke ein Erfolg, denn Abwehr der Privatisierung ist notwendige *Voraussetzung* für politische Gestaltung und Steuerung.

³⁷ Elke Breitenbach Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren. Der er öffentlich geförderte Beschäftigungssektor (ÖBS) in Berlin wird ausgebaut. 31.08.2007. <http://cmsfraktion.linkspar-tei-berlin.de/politik/aktuelles/detail/zurueck/aktuelles/-artikel/arbeit-statt-arbeitslosigkeit-finanzieren-2/>

Als Teil einer Landesregierung Politik zu gestalten, heißt klar Eigentümerfunktionen zu übernehmen. Für die Berliner Linkspartei hieß das *erstens* die Forderung nach Transparenz im Umgang mit landeseigenen Unternehmen, um „der Öffentlichkeit Einblick in die Strategien und Ziele der Unternehmen zu verschaffen, aber auch in das Tun und Lassen des städtisch berufenen Managements, und um die Wahrnehmung der Interessen der Berlinerinnen und Berliner gegenüber diesen Unternehmen zu gewährleisten“³⁸. Zweitens bedeutete Gestaltung vielfach die Sanierung der landeseigenen Unternehmen, d.h. auch die Sanierungsnotwendigkeit mit den Interessen der betroffenen Angestellten und Arbeitern ins Verhältnis zu setzen und auszuhandeln, und *drittens* die Stärkung innovativer Potentiale der landeseigenen Unternehmen.

Die Wahrnehmung der Eigentümerfunktion ist notwendiger Weise mit dem Aushandeln einander widersprechender Interessenlagen verbunden, so dass auch das politische Handeln - auch für Linke - nicht widerspruchsfrei gestaltet werden kann. Zwei Beispiele:

Für die Sanierung von Vivantes als landeseigenes Unternehmen bedeutete dies zunächst die Umwandlung der Altschulden in Höhe von 230 Millionen Euro in Eigenkapital durch den Berliner Senat. Der Beitrag von 34 Million Euro, der seitens der Beschäftigten zu tragen war, entsprach einem Lohnabbau von 6,5 Prozent sowie den sozial gestaffelten Verzicht auf Urlaubs- und Weihnachtsgeld bis 2008. Die Beschäftigungssicherung bis 2010, der Abschluss eines Notlagentarifvertrages „Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung und zur sozialverträglichen Begleitung von Rekonstruktionsmaßnahmen“ waren Teil der Sanierung. Die Zahl der Betten wurde von 6.200 auf 5.300 reduziert. Es erfolgte die Ausgliederung von medizinischen Bereichen wie Catering, Wäscheversorgung, technisches und infrastrukturelles Facility Management.

Für ökologische Orientierungen landeseigener Unternehmen steht der Ausbau des ökologischen Profils der Berliner Stadtreinigung (BSR). Sie betreut die ca. 1,8 Millionen Berliner Haushalte. Die Gebühren beim Hausmüll liegen deutlich unter denen von Hamburg, München, Köln und Frankfurt. 2006 wurde mit der Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz (die Linkspartei stellt die zuständige Senatorin) eine Kooperationsvereinbarung über die Umsetzung von Maßnahmen zur Reduzierung von CO₂-Emissionen abgeschlossen.³⁹ Die BSR erfasst und verwertet jährlich 2,6 Millionen Kubikmeter Deponiegas im Jahr, wandelt das Klimagas Methan in Blockheizkraftwerken in Strom und Wärme um und kann damit große Mengen an Braunkohle und Erdgas ersetzen.

Seit 2006 gilt für die BSR der neue Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) und ein hauseigener Zusatztarifvertrag (ZTV). Dieser beinhaltet Zielvereinbarungen für die Beschäftigten, ohne die „das Effizienzsteigerungsprogramm“⁴⁰ nicht erreichbar wäre. Konkret haben „die Mitarbeiter/innen ... auf Entgeltbestandteile und Sonderurlaubstage verzichtet und einer spürbaren Anhebung der Arbeitsleistung durch organisatorische und technische Verbesserungen zugestimmt“. Das wird auch in der Tarifperiode ab 2007/2008 notwendig sein, um die Personalkosten noch einmal nachhaltig um fast 15 Mio. Euro senken zu können. „Letztend-

³⁸ Bei der Forderung nach Transparenz im Umgang mit landeseigenen Unternehmen ging es der PDS um erstens um die Sanierung derjenigen Unternehmen mit Defiziten, Fehlsteuerungen und Geburtsfehlern, die nach Verkauf der Filetstücke beim Land verblieben sind, zweitens um die Schaffung einer Perspektive für all diejenigen Unternehmen, die eine für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt unbedingt erforderliche Infrastruktur bereitstellen, insbesondere auch eine Infrastruktur an Gesundheitsversorgung und städtischen Steuerungspotentialen im Wohnungssektor und drittens die Schaffung von Vorkehrungen, die Missmanagement künftig erschwert. Vgl. Klaus Lederer (2004). Transparenz im Umgang mit landeseigenen Unternehmen. 3.6.2004. http://www.klausleder.de/politik/im_parlament/zur_debatte/transparenz/

³⁹ Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz (2006). Kooperationsvereinbarung zwischen Senat und BSR vom 1.1.1

⁴⁰ Berliner Stadtreinigung (BSR) Geschäftsbericht. 2006, S. 20. http://www.bsr.de/bsr/download/GB_2006_Internet.pdf

lich sichert das aber auch die Arbeitsplätze der Beschäftigten“, heißt es im Geschäftsbericht der BSR 2006.

Der Fehler GSW und seine Folgen

Zu den größten Fehlern der PDS gehörte der Verkauf der GSW, einer der größten städtebaulichen Wohnungsbaugesellschaften Berlin mit ca. 65.700 Wohn- und Gewerbeeinheiten in mehreren Berliner Bezirken. Die Schulden der GSW gegenüber Kreditgebern betragen rund 1,56 Mrd. Euro. Das Jahresergebnis 2003 lag bei 13,4 Mio. Euro. Angesichts dieser Zahlen und vor dem Hintergrund des Berliner Schuldenberges hatte die PDS diesem Verkauf bei einem Kaufpreis von 405 Mio. Euro inklusive einer Kostenpauschale von 4 Mio. Euro zugestimmt.⁴¹ Dennoch war der Verkauf innerhalb der Linkspartei heftig umstritten. Kritisch hieß es: „Der Verkauf der GSW ist wohnungspolitisch nicht vernünftig. Er ist an sich nicht mal fiskalisch besonders schlau... Mit dem Verkauf der GSW geht ein für die Steuerungsfunktion der kommunalen Wohnungswirtschaft in Qualität und territorialer Verteilung wichtiger Wohnungsbestand der öffentlichen Verfügung verloren und es tritt im verbleibenden kommunalen Bestand eine ‚Schieflage‘ in Richtung der östlichen Peripherie ein. Mit dem Verkauf verschlechtern sich für die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften die Möglichkeiten des gezielten und ertragreichen Verkaufs von einzelnen Beständen. Dies ist aber ein wichtiges Moment in den Sanierungskonzepten der städtischen Gesellschaften.“ Dagegen wurde eingewandt: Der Verkauf „rechtfertigt sich nur aus der Notlage des Landes, der haushalterischen und der wohnungswirtschaftlichen. Das Land Berlin muss zum einen eigene Vermögenswerte mobilisieren, wenn es von den anderen Ländern und dem Bund eine zusätzliche finanzielle Unterstützung erwartet.“⁴²

Weitere Verkäufe städtischer Wohnungsbaugesellschaften wurden verhindert und sind im Koalitionsvertrag ausgeschlossen. Was dennoch fehlt ist das Sanierungskonzept für die städtischen Wohnungsgesellschaften auch vor dem Hintergrund steigender Mieten⁴³ und wachsender sozialer Disparitäten, die sich nach Aussagen im Sozialstrukturatlas von Berlin⁴⁴ im zeitlichen und räumlichen Vergleich eher noch verstärken. Es fehlt der Linkspartei seit Jahren die Entwicklung wohnungspolitischer Leitlinien als Teilprojekt zur Entwicklung Berlins als soziale und innovative Stadt ebenso wie die Entwicklung eigenständiger stadtpolitischer Leitbilder.

Haushaltssanierung

Hart umkämpft, umstritten, umschimpft – aber ein Erfolg: Der Verkauf der Berliner Sparkasse an den Sparkassen- und Giroverband hat nicht nur deren Privatisierung verhindert und das Drei-Säulen-Modell für Deutschland gegen den Willen der Europäischen Kommission erhalten, sondern mit den Einnahmen dieses Verkaufs sind die Zahlungen zur Risikoabschirmung der Bankgesellschaft aus dem laufenden Landeshaushalt nun nicht mehr nötig. 2008 legt Berlin erstmals einen ausgeglichenen Haushalt vor. Es wird ein Überschuss von 476 Mio. Euro erzielt. 723 Mio. Euro stille Einlagen aus dem Verkauf der Landesbank fließen zurück in den Haushalt. Aufgabe der Linkspartei in den nächsten Haushaltsverhandlungen wird es sein müssen, neben der Akzentsetzung Berlins als Wissenschaftsstandort, Berlin

⁴¹ Senat von Berlin (2004) Senat stimmt Verkauf der GSW zu. Pressemitteilung Nr. 04-032 vom 25.05.2004. <http://www.berlin.de/sen/finanzen/presse/archiv/20040525.1520.28211.html>

⁴² Nelken, Michail (2004). Verkauf der GSW – Kein Not-, aber ein Notlagenverkauf. Standpunkt vom 15.06.2004 http://cmsfraktion.linksparitei-berlin.de/politik/projekte/starke_landesbetriebe/verkauf_der_gsw_kein_not_aber_ein_notlagenverkauf/

⁴³ Nach den Angaben des Mietspiegels 2007, der aufgrund seiner Berechnungsgrundlagen aus der Sicht der Mieterverbände selbst als Instrument von Mieterhöhungen betrachtet wird, zahlen die Berliner 5,8 Prozent mehr Miete als vor zwei Jahren. Neuer Mietspiegel – Das Wohnen in Berlin verteuert sich weiter. Aber nicht überall. Berliner Zeitung, 12.07.2007. S. 2

⁴⁴ Senatsverwaltung für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz. Berlin 2004. http://www.efb-berlin.de/download/berliner_sozialatlas_2003_kurz.pdf

ebenso als soziale, demokratische und weltoffene Stadt zu entwickeln⁴⁵. Dazu gehört auch die Neugestaltung des Wertausgleichs zwischen den Stadtbezirken, der den sozialen Ausgleich bei besonderen Problemlagen in einzelnen Bezirken sicherstellen soll.

Gemeinschaftsschule

Bildungssysteme sind Spiegel gesellschaftlicher Entwicklungen, einer sich ausdifferenzierenden Sozialstruktur von Gesellschaft. Das deutsche Bildungssystem macht vor allem Kinder aus bildungsfernen Schichten, aus sozial benachteiligten Familien und aus Familien mit Migrationshintergrund zu Verlierern. Ein Drittel aller Schüler mit Migrationshintergrund in Berlin hat keinen Schulabschluss, der Anteil der Gymnasiasten mit Migrationshintergrund beträgt 16,3 Prozent, ein Drittel davon verlässt die Gymnasien ohne Abitur. Auch aus diesem Grund forderte die PDS schon 2004, das dreigliedrige Schulsystem zu überwinden, denn „sozialistische Bildungspolitik hat die Aufgabe, als regulierendes und integrierendes Instrument zu Entkopplung von Bildungserfolg und sozialer Herkunft beizutragen“⁴⁶. Dazu diente die im Februar 2004 festgeschriebene Grundschulreform mit flexibler Schulanfangsphase und der Ausbau der ganztägigen Bildungs- und Betreuungsangebote, die nun um ein adäquates Angebot für ältere Schülerinnen und Schüler ergänzt werden soll.

Die Linkspartei hat die „Wege zu einem integrativen Schulsystem in Berlin“ zu einem ihrer zentralen Projekte erklärt. Auf der Grundlage eines Arbeitspapiers „Berlin wird skandinavisch schlau – Wege zu einem integrativen Schulsystem in Berlin“⁴⁷ sollte das Projekt zunächst über Werkstattgespräche intern und dann mit dem Koalitionspartner diskutiert werden, um noch in dieser Legislaturperiode mit dem Umbau des Schulsystems beginnen zu können. Teil des Beschlusses war ebenso, Gespräche mit Gewerkschaften und Verbänden zu führen, öffentliche Debatten mit Befürwortern und Kritikern des integrativen Schulsystems zu veranstalten und das Projekt öffentlich vorzustellen.

Der „Einstieg in ein durchgängig integratives und leistungsfähiges Schulsystem für alle Berliner Kinder unabhängig von ihrer sozialen, kulturellen oder ethnischen Herkunft und unabhängig von Alter und Geschlecht“⁴⁸ wurde eines der zentralen Projekte im Berliner Wahlkampf 2006. Es soll zunächst mit einer Pilotphase beginnen, um Erfahrungen zu sammeln, wie sich individuelles Lernen und individuelle Förderung, einschließlich der besonderen pädagogischen Förderungen vom Nachteilsausgleich bis zur Hochbegabung, in einem Schultyp realisieren lassen.

All das braucht zusätzliche Ressourcen, die vor allem durch Bündelung von Ressourcen erreicht werden sollen. Aufgrund zurückgehender Schülerzahlen (in fünf Jahren werden es in Berlin 40.000 weniger sein als 2002) können 1.500 Lehrerstellen hierfür genutzt werden. Mit dem Ausscheiden von Lehrern und der Einstellung von ca. 7.000 jungen Lehrern werden Gelder eingespart und zugleich werden weniger Gelder für den 2. bzw. 3. Bildungsweg gebraucht. Hinzu kommen weitere geplante Stellen für pädagogische Verbesserungen sowie neue Möglichkeiten einer bedarfsgerechten Ausgestaltung von Schulen.⁴⁹

⁴⁵ Die Akzentsetzung der SPD gilt der Entwicklung des Wissenschaftsstandortes Berlin mit 150 Mio. Euro, mit 20.500 Plätzen für Studienanfänger, einer Exzellenzeninitiative der Hochschulen mit 18 Mio. Euro. Darüber hinaus sollen Gelder für die Anschubfinanzierung zur Sanierung der Staatsoper in Höhe von 50.000 Euro und für den Bau der U5 eingestellt werden. Überlegungen für den sozialen oder Bildungsbereich Bereich werden nicht genannt 21.6.07 ND, S. 17

⁴⁶ PDS Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin. Jahresklausur der PDS-Fraktion Berlin vom 24. – 26. September 2004 in Szczecin, Material, Teil I, S. 46

⁴⁷ Die Linke. PDS. Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin. Berlin wird skandinavisch schlau – Wege zu einem integrativen Schulsystem in Berlin. Vom 17.07.2006 <http://www.gemeinschaftsschule-berlin.de>.

⁴⁸ Landesvorstand der Linkspartei.PDS Für einen gemeinsamen Wahlkampf. vom 6.4.2006 <http://www.linkspartei-berlin.de/index.php?id=4150>

⁴⁹ Diese sollten – so im Wahlprogramm der Linkspartei formuliert „personell besser mit Sozialpädagogen, Psychologen, Bildungswegberatern, Lehramtsstudierenden und medizinischen Personal

Um das Projekt im Rahmen des vorgegebenen Haushaltsplans umsetzen zu können, hat die Linkspartei.PDS im Juni 2006 ein Gutachten zu den Kosten eines integrativen Schulsystems für Berlin erstellt, in dem die Mehrbelastung auf 79,15 Mio. Euro geschätzt wird. Dem gegenüber stehen Einsparungspotentiale in Höhe von ca. 72 Mio. Euro, so dass unter Berücksichtigung rückläufiger Schülerzahlen der Gutachter letztlich auf eine effektive Mehrbelastung von 7 Mio. Euro⁵⁰ kommt, also weit unter den Beträgen, die Klaus Wowereit, zusätzlich für die Exzellenzförderung an Berliner Hochschuleinrichtungen (18 Mio. Euro) einplant.

Die Gemeinschaftsschule ist Bestandteil der Koalitionsvereinbarung. Erstmals wird der Einstieg in ein alternatives Projekt gesichert, das durch die Linkspartei initiiert wurde und parteiübergreifend mit Vertretern der GEW, des Runden Tisches Gemeinschaftsschule, Vertretern aus Wissenschaft und den Schülern und Eltern entwickelt und umgesetzt wird. In dem inzwischen abgeschlossenen Interessenbekundungsverfahren haben insgesamt 65 Schulen aus dem Osten und Westen der Stadt ihr Interesse bekundet. Die Begleitung des Projektes erfolgt über einen Beirat in dem Vertreter aus den Fraktionen, von Lehrerverbänden, Verbänden der Wissenschaft und Wirtschaft und Vertreter des öffentlichen Lebens mitarbeiten.

Gemeinschaftsschulen sind jedoch nicht automatisch ein linkes Projekt. Sie können bei Abkopplung der Gymnasien von der langfristigen Entwicklung der Schullandschaft mühelos auch zum Modernisierungsinstrument des zweigliedrigen Schulsystems mit unterschiedlichen Integrationsangeboten führen. Es steht auch nicht nur aus Gründen sozialer Gerechtigkeit auf der Tagesordnung. In Schleswig-Holstein, dem ersten Bundesland in dem die Gemeinschaftsschule rechtlich verbindlich durchgesetzt wurde, geschieht dies als Projekt der großen Koalition und hat gleichermaßen soziale wie demographische Gründe.

Ob das Berliner Projekt Gesamtschule nun zur bildungspolitischen Innovation wird oder zum Projekt nachholender Modernisierung mutiert, ist zum einen von der konkreten Ausstattung (Klassengrößen, Raumkapazitäten, Förderkonzepte, Leistungsdifferenzierung, Personalausstattung), von der Qualifikation der Lehrkräfte abhängig. Zum anderen ist es von der Sicherung der Übergänge an weiterführende Bildungswege unter Einbeziehung der Gymnasien abhängig.

Der Erfolg des Projekts Gemeinschaftsschule hängt davon ab, ob es vor Ort verwurzelt sein wird. Es muss Bürgerprojekt werden, getragen von zivilgesellschaftlichen Organisationen, Schüler- und Jugendparlamenten, Gremien und Ausschüssen und den Mitgliedern der Parteien einschließlich ihres Jugendverbandes, oder es bleibt eine parlamentarische Kopfgeburt.

4. Fazit

Rolf Reißig beschreibt Linke in Regierungsverantwortung als Projekt des strategischen Lernens für die gesamte Partei und verweist auf die unterschiedlichen und ungleichzeitigen Erfahrungsräume der Mitgliedschaft der Linkspartei. „Nicht die gesamte PDS und ihr Umfeld sehen sich gleichermaßen durch die Regierungsverantwortung gefordert. Daraus können und entstehen tatsächlich, wie sich gerade auch in Berlin zeigt, *Ungleichzeitigkeiten in den Erfahrungsräumen der PDS-Mitgliedschaft*. Mehr noch – oft entstehen durch die Regierungsbeteiligung erst einmal neue inhaltliche Klüfte in der Bewertung der Ergebnisse der

ausgestattet werden“. Die Linkspartei.PDS Wahlprogramm zu den Wahlen zum Abgeordnetenhaus 2006, S. 14ff

⁵⁰ Roman Jaich: Berlin wird skandinavisch schlau! Wege zu einem integrativen Schulsystem Gutachten. Kosten eines integrativen Schulsystems für Berlin: Bestandsaufnahme und Kostenabschätzung im Auftrag von DIE LINKE.PDS Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin, Juni 2006. <http://www.gemeinschaftsschule-berlin.de/topic/27.studien.html>

Regierungsbeteiligung und oft auch ihres Sinns und Zwecks.“⁵¹ Reißig beschreibt dieses Problem für den Berliner Landesverband. Es ist deshalb notwendig „gemeinsame Praxen zu entwickeln und versuchen, darüber die verschiedenen Erfahrungswelten zu akzeptieren und dann was Neues draus zu machen (E8). Wichtig wäre es, Strukturen zu entwickeln, die einen produktiven Umgang mit dieser Unterschiedlichkeit und Ungleichzeitigkeit ermöglichen.

Folgende Thesen sollen hiermit zur Diskussion gestellt werden

1. Linke in Regierungsbeteiligung bleibt ein ambivalentes Projekt. Sie lässt sich nicht von der Klärung der Frage nach der Veränderbarkeit von Gesellschaft, von der Bewertung gesellschaftlicher Entwicklungspotentiale – auch des Neoliberalismus – trennen, von der Frage nach gesellschaftlicher Transformation und der Funktion der Linken in einem solchen Prozess und von der Einschätzung der eigenen parteipolitischen Potentiale und der Potentiale linker Bündnisse.
2. Die Verantwortung linker Politik kann mit Ablehnung als auch mit Zustimmung von Regierungsbeteiligung verbunden sein. Beide Antworten sind legitim und müssen die Frage beantworten, unter welchen Bedingungen relevante Verbesserungen zu mehr sozialer Gerechtigkeit, Demokratie und Selbstbestimmung eher durchsetzbar sind. Dazu gehört im Vorfeld der Entscheidung die Analyse der politischen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und der vorhandenen Akteure, die für die Durchsetzung linker Politik zur Verfügung stehen.
3. Linke Politik muss erkennbar sein. Deshalb gehört die Entwicklung von konkreten Projekten linker Politik, die sie als Partei der sozialen Gerechtigkeit, als Friedenspartei, als Partei, die einen demokratischen Sozialismus als strategisches Ziel anstrebt, erfahrbar werden lässt. „Wir werden nur dann mehr Akzeptanz erhalten und auch an Lösungsvarianten beteiligt sein, wenn mehr Menschen sich dadurch auch ermutigt fühlen, selbst etwas zu tun und damit Kräfteverhältnisse verändert werden.“(E7)
4. Zur Wahrnehmung von parlamentarischer politischer Verantwortung auf den jeweiligen Ebenen der Europa-, Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik gehört nicht nur die fachpolitische parlamentarische Arbeit, sondern ebenso die horizontale und vertikale Vernetzung und Koordinierung von Politik. Mit dem Einzug der Linken in den Bundestag hat sich seit 2005 das Verhältnis zwischen Bundestags- und Landtagsfraktionen neu entwickelt. Der statuarisch beschlossene Bundesausschuss wird als ein Koordinierungs-, Beratungs- und Abstimmungsgremium zur weiteren Qualifizierung beitragen. Dazu gehört die Aufgabe, die horizontale Zusammenarbeit auf Landesebene zu strategischen und auch thematischen Schwerpunkten zu entwickeln.
5. Wenn parlamentarische Arbeit erfolgreich sein soll, braucht sie das Zusammenwirken mit außerparlamentarischen Bewegungen. Dabei könne, so ein Interviewpartner, die Linkspartei „durchaus ein parlamentarischer Arm einer breiten linken Bewegung“(G1) sein. Dies setzt jedoch einen wesentlichen höheren Vernetzungsgrad und die Bereitschaft voraus, sich zurückzunehmen: „Wenn wir als Linke etwas Neues kreieren wollen“, dann müssen wir „eine Politik machen, die Macht abgibt. Wir müssen deutlich machen, wir machen nicht Politik, weil wir Macht haben wollen, sondern weil wir die Macht wieder zu den Menschen geben wollen.“(E3)
6. Gerade auch vor dem Hintergrund der Eigendynamik und der Verselbstständigung von parlamentarischer Politik muss Politikentwicklung und -gestaltung als partei- und gesellschaftspolitischer Aushandlungsprozess verstanden und gestaltet werden. Dazu gehört es, die unterschiedlichen Handlungslogiken und Politikansätze, die oft im legitimen Widerspruch zueinander stehen, transparent und nachvollziehbar darzustellen und miteinander zu diskutieren. Dazu gehören ausdrücklich die Schaffung von Räumen zur Reflektion und Selbstreflektion der eigenen parlamentarischen Arbeit,

⁵¹ Reißig, Rolf (2005). Mitregieren in Berlin. S. 65

die Konstitution „kritischer Korrektive“ und die Entwicklung einer Kultur des offenen und sachlichen Streits.

7. Auch wenn Linke in Regierungsverantwortung agieren, bleibt parlamentarische Arbeit *ein Teil* der Parteiarbeit und darf nicht zur Abkopplung von den Gliederungen der eigenen Partei und zur Vernachlässigung der Parteientwicklung führen. Deshalb versucht die Berliner Linkspartei nach den Berliner Wahlen 2006, neben der Regierungsbeteiligung die Parteientwicklung wieder in den Mittelpunkt ihrer Arbeit zu stellen und beide Aufgaben miteinander zu verbinden. Eine Politik, die den Anspruch hat, Politik mit und für die Bürgerinnen und Bürger zu sein, kann es sich nicht leisten, die eigene Mitgliedschaft zu vernachlässigen.
8. Verantwortung ist immer konkret und muss konkret abgerechnet werden. Das gilt für die Gremien der Partei, die auf ihren Parteitagen dazu verpflichtet sind. Das gilt aber ebenso für linke Parlamentarier. Nur hat die Linke für sich noch keine Maßstäbe zur Leistungsbewertung von parlamentarischen Fraktionen – unabhängig davon, ob sie in Regierungsverantwortung sind oder nicht, und ebenso wenig für den einzelnen Parlamentarier. Mit der Erarbeitung der Halbzeitbilanz 2004 einschließlich ihrer Synopse wurden erste Kriterien im Streit miteinander hierfür entwickelt. Darüber hinaus ist die Evaluation linker Politikansätze künftig gezielt auszubauen.

Kann die rot-rote Koalition in Berlin Modell für weitere Regierungsbeteiligungen auf Landesebene oder gar Projekt strategischen Lernens auf Bundesebene sein?

Die Partei *Die Linke* steht als gesamtdeutsche Partei vor der Aufgabe, gesellschaftlich und politisch vor Ort verankert zu sein und dazu auch ihre gegenwärtige Ost-West-geprägte Asymmetrie parlamentarischer Repräsentanz auf kommunaler und Landesebene zu überwinden. Dies ist Aufgabe der Gesamtpartei und erfordert den Kampf um gesellschaftliche Mehrheiten und eine starke eigene parlamentarische Vertretung. Wenn sie dabei erfolgreich ist, muss sie auf demokratischem Wege vor Ort unter den konkreten Rahmenbedingungen und Kräfteverhältnissen ihre Rolle als Oppositions- oder Regierungspartei bestimmen: „Wenn das nicht gelingt, unten auch präsent zu sein, dann ist es auch schwer, in die Landtage zu hineinzukommen und dann hängt die Bundestagsfraktion eben doch ein bisschen in der Luft. Also insofern muss das auch wirklich einer der ersten Schritte sein, die jetzt massiv angegangen werden müssen“ (F2).

Hierfür sind die bisherigen Erfahrungen auf kommunaler Ebene aber ebenso auf Landesebene wichtig – aus Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin. Es geht um den Austausch über Politikentwicklung und Gestaltung als parteipolitischer und gesellschaftlicher Prozess unter den jeweiligen konkreten Bedingungen, um unterschiedliche Logiken parlamentarischen und außerparlamentarischen Handelns, um politische Abwägungsprozesse sich legitim widersprechender Interessen und um die Entwicklung und Durchsetzung eigenständiger Projekte wie die Gemeinschaftsschule oder der ÖBS in Berlin. Dazu aber bedarf es einer Lernkultur, die souveränen Umgang miteinander, solidarische Kritik und Fachkompetenz verbindet. Noch fehlt diese Lernkultur der neuen Linken.

Für die noch ausstehende strategische Diskussion der neuen Linkspartei ist die Auswertung von Erfahrungen mit der Regierungsbeteiligung in Berlin eine wichtige Grundlage. Viele Probleme, die sich auch auf Bundesebene stellen, sind in Bezug auf Berlin schon diskutiert worden. Dazu gehört vor allem auch die Erfahrung: „Vor der Kür kommt die Pflicht.“

Berlin im September 2007